



# DER FREIE BAUER

LANDWIRTSCHAFTSZEITUNG FÜR OBERÖSTERREICH

## IM GESPRÄCH

### LAbg. Ing. Franz Graf

Der Spitzenkandidat der Freiheitlichen Bauernschaft OÖ für die Landwirtschaftskammerwahl im Jänner 2021 spricht über die Ziele einer starken Ständesvertretung für unsere Bauern.

Seiten 10-11



**Freiheitliche Bauern OÖ setzen immer wieder wichtige**

**Impulse für unsere heimische Agrarpolitik:**

# Freie Bauern - Starke Landwirtschaft

Seiten 4-5

Foto: stock.adobe.com

## AMA-GÜTESIEGEL ALS MARKETING-SCHMÄH

Viele Jahre endete die Nachvollziehbarkeit der Herkunft in den Schlachthöfen. Mit Kritik und Reformen tut sich die AMA immer wieder schwer.

Seite 2

## SCHWEINEPRODUKTION IN ÖSTERREICH

Seit dem EU-Beitritt Österreichs gibt es 81 Prozent weniger Schweinebetriebe. Auch die Preise brachen seitdem dramatisch ein.

Seiten 6-7

## HOLZ ALS NACHHALTIGER BAUSTOFF DER ZUKUNFT

Immer mehr Häuser werden aus Holz gebaut. Neue Studien zeigen, dass Holzhäuser nur geringfügig teurer sind, als Massivhäuser.

Seite 9

## INTERVIEW MIT KOMMR FRITZ FLOIMAYR

Im Gespräch erläutert er, warum er sich von der Schweinebörse abwendete und wie er sich für eine sichere Zukunft für die Bauern einsetzt.

Seiten 12-13

Österreichische Post AG - SP 07Z037583S

Ausgabe 04/20 (9.12.2020)

Der Freie Bauer - Landwirtschaftszeitung für Oberösterreich

Freiheitliche Bauernschaft OÖ, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz

Kontakt: redaktion@derfreiebauer.info, www.derfreiebauer.info



Foto: pixabay.com

DAS AMA-GÜTESIEGEL  
WAR JAHRELANG VÖLLIG  
UNZUREICHEND.

## RÜCKVERFOLGBARKEIT VON SCHWEINEN ENDETE JAHRELANG IM SCHLACHTHOF:

# AMA-Gütesiegel: Ein Marketing-Schmäh

**Das AMA-Gütesiegel garantierte die österreichische Herkunft und kontrollierte Qualität. Kritik am System ist unerwünscht. Bürokratie und Zwangsbeiträge sind die Realität. Recherchen haben nun ans Licht gebracht, dass die Rückverfolgbarkeit dieser AMA-Qualität bei Schweinefleisch jahrelang im Schlachthof endete und weiterhin österreichischer Schinken am Markt ist, der keiner ist.**

Während die EU aufgrund der BSE Vorkommnisse 1998 eine Verordnung zur Kennzeichnung von Rinder- und Kalbfleisch erlassen hat (ausgenommen verarbeitetes Fleisch), die alle Stufen der Vermarktung einschließt (Schlachthof, Zerlegebetrieb und Verkaufsgeschäft), wurde eine vergleichbare Verordnung für Schweinefleisch (ausgenommen verarbeitetes Fleisch) erst im April 2015 in Österreich umgesetzt. Die Basis dafür war die EU-Verordnung zur Kennzeichnungspflicht für Schweine-, Geflügel-, Schaf- und Ziegenfleisch aus dem Jahr 2011. Seit 2015 muss bei verpacktem frischem, gekühltem und tiefgekühltem Fleisch, sofern es für die Abgabe an den Endverbraucher oder die Gastronomie vorgesehen ist, am Etikett vermerkt werden, wo das Tier aufgezogen und geschlachtet wurde. Während für Rind- und Kalbfleisch die Kennzeichnung auch für unverpacktes Fleisch und die Lieferung an Fleischverarbeitungsbetriebe gilt, entfällt diese Pflicht bei Schweinefleisch.

Tatsache ist, dass erst mit der EU-Verordnung aus dem Jahr 2011 eine rechtliche Grundlage geschaffen wurde, die es der AMA-Marketing erlaubte, ein Kennzeichnungssystem für Schweinefleisch zu installieren, welches auch den Schlachthof einschloss. Analog zum bereits seit Jahren existierenden Kennzeichnungssystem „bos“ für Rinder und Kälber, hat die AMA-Marketing mit der Richtlinie „sus“ für Schweine, die im März 2011 startete und für

### AMA-RICHTLINIE „SUS“

Schlacht- u. Zerlegebetriebe, den Lebensmittelhandel und gewerbliche Fleischer gilt, ein vorerst freiwilliges Kennzeichnungssystem für Lizenznehmer geschaffen. Erst durch dieses bestand die Möglichkeit, die Herkunft von Schlachtkörpern, Teilstücken und zerlegtem Fleisch mittels Etikettierung für jedermann sichtbar und nachvollziehbar zu machen. 17 Jahre lang, nachdem der „Vater“ des AMA-Gütesiegels,

Franz Fischler, das Zeichen ins Leben gerufen hatte, das die österreichischen Produkte sichtbarmachen sollte, blieb dem Handel, den Fleischverarbeitungsbetrieben und auch dem Konsumenten nichts anderes übrig, als sich auf die „Bestätigung“ des Schlachthofes zu verlassen, wenn sie

### KENNZEICHNUNG FRAGLICH

auf AMA-Schweinefleisch bestanden. Was auch immer die AMA-Marketing vor der Einführung des Kennzeichnungssystems kontrollieren konnte, ist fraglich. Seit 2010 gibt es das AMA-Gütesiegel für Fleischerzeugnisse, das sich auf den ersten Blick als vielversprechend darstellt. Es brachte jedoch erhebliche Nachteile für kleine Metzger, die schon jahrzehntlang hochwertige, regionale Produkte verarbeiten, hört man aus der Branche. Denn um die Hygienekontrolle der AMA zu bestehen, seien viele Kriterien zu erfüllen, die für die meisten Betriebe Umbauarbeiten notwendig machen würden, die man sich erst leisten können müsse. Weitere Recherchen ergaben, dass bei AMA-Gütesiegel-Fleischerzeugnissen bis vor kurzem kein AMA-Fleisch verarbeitet werden musste.

Erst seit August 2018 wurde Verarbeitungsbetrieben durch eine Richtlinie der AMA vorgeschrieben einen Mindesteinsatz von 10 Prozent an AMA-Rohstoffen einzusetzen. Bis 31.12.2018 sollte dieser Anteil auf mindestens 50 Prozent, bis 1.9.2019 auf mindestens 75 Prozent gesteigert werden. Erst ab 1.1.2020 ist für alle Verarbeitungsbetriebe die AMA-Gütesiegel-Fleischerzeugnisse herstellen ein Anteil von 100 Prozent an AMA-Rohstoffen vorgesehen.

Aus dem AMA-Tätigkeitsbericht 2018 geht hervor, dass etwa ein Drittel der in Österreich geschlachteten Schweine aus AMA-Gütesiegel Betrieben stammen. Fleisch aus nicht AMA-zertifizierten Betrieben, unterliegt zwar seit 2015 ebenfalls der Herkunftskennzeichnungspflicht, doch in den Verarbeitungsbetrieben verliert sich dessen Spur weiterhin zwischen importiertem Fleisch. Denn die große Lücke in der EU Verordnung ist, dass unverpacktes Fleisch und die Lieferung an Fleischverarbeitungsbetriebe nach wie vor von der Kennzeichnungspflicht ausgenommen sind. Und so ist es 25 Jahre nach dem EU-Beitritt bittere Realität, dass österreichischer Schinken in Wahrheit keiner sein muss.

## TYPISCH VOLKSPARTEI: DAS EINE SAGEN, DAS ANDERE TUN

## Mercosur-Doppelzüngigkeit

Immer wieder erklärt der Bauernbund und die ÖVP, man setze sich für die Bauern ein. Doch kaum sitzt man in Brüssel, hat man alles vergessen. Während Ministerin Elisabeth Köstinger in Österreich ein „Nein“ der ÖVP beteuert, stimmte der EU-Abgeordnete Othmar Karas zu.

Immerhin vier von sieben ÖVP-EU-Mandataren haben sich bei der Abstimmung im EU-Parlament über die Fortsetzung der Verhandlungen über das Mercosur-Abkommen enthalten. Damit stimmten sie indirekt zu, dass weiter verhandelt wird. „Gerade für Österreich als exportorientiertes Land, wo jeder zweite Arbeitsplatz direkt oder indirekt vom Export abhängt, ist fairer Handel wichtig, der die hohen österreichischen und europäischen Standards wahr“, begründete ÖVP-EU-Delegationsleiterin Angelika Winzig ihre



Foto: pixabay.com

Enthaltung. Nachdem die ÖVP und der Bauernbund daheim in Österreich noch versprochen haben, man werde dem Abkommen „natürlich“ nicht zustimmen, war in Brüssel mal wieder alles anders. Es ist der alte ÖVP-Schmäh: Man erzählt den Bauern, man wolle ja in ihrem Interesse handeln, aber „Brüssel“ habe anders entschieden - da könne man nichts machen. Dass

aber die eigenen ÖVP-Leute in EU-Gremien genau konträr zur daheim verkündeten Parteilinie handeln, verschweigt man geflissentlich. Manchmal schreibt man sogar Dinge in Koalitionsvereinbarungen, die man nie gedenkt umzusetzen, wie etwa Herkunftskennzeichnungen. Zuletzt geschehen in der ÖVP-FPÖ-Koalition, wo die ÖVP die Umsetzung mutwillig verschleppte.

## FP-SCHMIEDLECHNER FORDERT SICHERHEIT:

## Stalleinbrüche bei Bauern nehmen immer mehr zu

„Die schwarz-grüne Regierung soll endlich die Sicherheit der Bauern gewährleisten. Wir müssen den Einbrüchen endlich einen Riegel vorschieben.“

So äußerte sich der FPÖ-Agrarsprecher Peter Schmiedlechner zu der jüngsten Serie von Stalleinbrüchen bei Bauern. „Bereits am 25. September 2019 wollte die ÖVP mittels Abänderungsantrag eine Änderung des Strafgesetzes als Wahlzuckerl durchpeitschen und dies ohne, wie

bei solchen Gesetzen üblich, die gebotene Begutachtung durchzuführen“, erklärte Schmiedlechner und weiter: „Inzwischen regiert die ÖVP seit bald einem Jahr mit den Grünen und ein Gesetzesentwurf wurde noch immer nicht im Nationalrat eingebracht. Nicht einmal ein Begutachtungsverfahren wurde begonnen. Wie so oft bleibt es bei der ÖVP nur bei Ankündigungen und es wird immer offensichtlicher, dass es wieder nur ein Wahlkampfgegag war“, kritisierte Peter Schmiedlechner.



Foto: pixabay.com



KOMMENTAR

Ing. Franz Graf

## VERRAT IN BRÜSSEL

Wenn die ÖVP bei Sonntagsreden viel verspricht, ist das das Eine. Aber wenn sie selbiges in den Parlamenten dann konträr argumentiert und auch abstimmt, lässt das immer deutlicher ein systematisches Handeln erkennen. Da bleibt selbst abgebrühten Politbeobachtern die Luft weg. Oft geht dadurch ein wirtschaftlicher Nachteil für uns Bauern einher. Bei der Abstimmung im EU-Parlament über den Abbruch der weiteren Verhandlungen betreffend Mercosur-Abkommen, hatten die ÖVP-Abgeordneten plötzlich „keine“ Meinung mehr dazu und enthielten sich ihrer Stimme. Und ihr Spitzenkandidat, Othmar Karas, stimmte sogar für weitere Verhandlungen. Daheim wird fest gegen dieses Freihandelsabkommen geschimpft, aber kaum sitzt man hunderte Kilometer entfernt beisammen, vergisst man jede Verantwortung gegenüber seinen Wählern. Ernüchternd und zugleich bedrohlich. Genauso ein Gefühl überkommt einen, wenn man sich die Geschichte des AMA-Gütesiegels und deren tatsächliche Herkunftssicherheit zu Gemüte führt, wie in der nebenstehenden Reportage nachzulesen ist. Da muss sich in unserer Ständevertretung dringend etwas ändern. Die bevorstehenden Kammerwahlen sind eine Möglichkeit, aufzustehen und ein Zeichen für Veränderung zu setzen. Leiten wir gemeinsam 2021 eine Wende zu einer zukunftsichernden Agrarpolitik für unsere Bauern ein.



## ZOLLKODEX DER EU:

## Geltende Definition von „Ursprung“

Waren, die in einem Land vollständig gewonnen wurden, gelten als Ursprungsware jenes Landes. Waren hingegen, an deren Herstellung mehr als ein Land beteiligt ist, gelten als Ursprungswaren des Landes, in dem sie der letzten wesentlichen, Be- oder Verarbeitung unterzogen wurden. Werden Tiere aus dem Rest der Welt importiert, hierzulande geschlachtet und verarbeitet, ist der Ursprung des Produktes somit Österreich.

Foto: pixabay.com

FREIHEITLICHE BAUERN OÖ SETZEN IMMER WIEDER WICHTIGE IMP

# Freie Bauern - Starke Landwirtschaft

**Die Freiheitlichen Bauern stehen für den Erhalt unserer einzigartigen Heimat, ihrer bäuerlich geprägten Kulturlandschaft und ihrem Brauchtum. Die Beibehaltung unserer kleinstrukturierten Landwirtschaft ist die Grundlage für zukunftssichere Landwirtschaftspolitik.**

Die heimischen Bauern sollen sich daher von dem aus Brüssel diktierten globalen Preiskampf freimachen, dem Österreich mit seiner kleinstrukturierten Hoflandschaft kaum etwas entgegen zu setzen hat. Seit dem EU-Betritt 1995 wurden die Bauern auf dem Weltmarkt geopfert und der dramatische Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe verdeutlicht diese falsche und gefährliche Entwicklung.

Auch die derzeitige Subventionspolitik muss überdacht werden, um regionale, krisensichere und vor allem hochwertige Produktion sicher zu stellen. Gerade Krisenzeiten machen bewusst,

wie elementar die Selbstversorgung eines Landes ist. Wenn die Grenzen geschlossen sind und der Güterverkehr aus dem Ausland stark eingeschränkt ist, wird die Wichtigkeit offenbar, die der Selbstversorgungsfähigkeit zukommt. Unsere Landwirte sind die Garanten dafür, dass die Bevölkerung mit hochwertigen Lebensmitteln versorgt und auch in Krisenzeiten regionale Versorgung

## KRISENSICHERHEIT

sichergestellt wird. Um diese Versorgungssicherheit zu gewährleisten, braucht es starke und selbstbestimmte Bauern, faire Preise und eine echte,

tiefgreifende Partnerschaft zwischen der Landwirtschaft und den Konsumenten.

Immer wieder hat die Freiheitliche Bauernschaft in Oberösterreich in der vergangenen Wahlperiode in der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer durch zahlreiche Anträge gezeigt, wie freiheitliche Landwirtschaftspolitik aussehen kann und welche Forderungen unseren Bauern helfen, ihre wichtige Aufgabe zu erfüllen. Auch die maßgebliche Mitarbeit der Freiheitlichen Bauernschaft am Regierungsprogramm der ÖVP-FPÖ-Bundesregierung, mit ihren wichtigen Plänen bezüglich einer verpflichten-

den Herkunftskennzeichnung und anderen wichtigen Vorstößen, hat gezeigt, dass freiheitliche Bauernvertreter engagiert und motiviert für die Interessen der heimischen Landwirte eintreten.

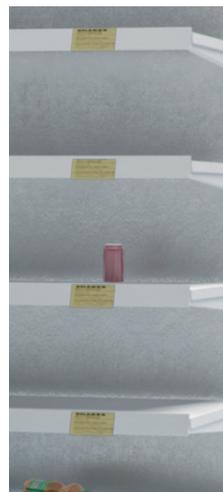
Gleich zu Anfang definierte das damalige Regierungsprogramm, auf Initiative der Freiheitlichen Bauernschaft,

## KLEINSTRUKTURIERT

die Wichtigkeit der Landwirtschaft für Österreich: „Das Schicksal unserer Heimat ist eng mit unserer Landwirtschaft verbunden. Österreich kann nur frei sein, wenn seine Landwirtschaft imstande ist, die Bevölkerung mit einem Selbstversorgungsgrad von 100 Prozent mit gesunden Lebensmitteln zu versorgen. Wir bekennen uns zu einer bäuerlichen und dezentral strukturierten Landwirtschaft abseits von Agrarfabriken.“



DIE EINMALIGE KULTURLANDSCHAFT ÖSTERREICHS IST GEPRÄGT DURCH KLEINSTRUKTURIERTE BÄUERLICHE FAMILIENBETRIEBE - SO SOLL ES BLEIBEN.



△ Damit die Regale nicht leer bleiben, ist Regionalität wichtig.

Gesunde Lebensmittel aus regionaler Produktion sind das Ziel. ▷

## PULSE FÜR UNSERE HEIMISCHE AGRARPOLITIK:

## Bauernschaft als Lebensgrundlage

Ein freier und leistungsfähiger Bauernstand ist Voraussetzung für den Erhalt der natürlichen Existenzgrundlagen unserer Heimat. Eine flächengebundene land- und forstwirtschaftliche Produktion nimmt auf das kleinräumige natürliche Gleichgewicht Rücksicht, schont die natürlichen Ressourcen und schafft die für Österreich typische bäuerliche Kultur- und Erholungslandschaft. Abgesehen von der land- und forstwirtschaftlichen Produktion hat der Bauernstand eine besondere volkswirtschaftliche Bedeutung für die Erhaltung der Kulturlandschaft, den Schutz der alpinen Siedlungsräume, für die Eigenversorgung mit gesunden Lebensmitteln, für die Krisenversorgung und für die Erhaltung der Landeskultur. Der Arbeitsplatz Bauernhof ist ein hohes Gut. Die Struktur der bäuerlichen Familienbetriebe als

Vollerwerbsbetriebe ist vor den Verzerrungen der europäischen Agrarförderpolitik zu schützen.“ Diese Aussagen bleiben nach wie vor das grundlegende Programm freiheitlicher Agrarpolitik. Vor allem die Forderung nach einer durchgängigen, einheitlichen und verpflichtenden Herkunftskennzeichnung als Grundlage für einen fairen Preis und größtmögliche Transparenz für den Verbraucher, ist für die Freiheitliche Bauernschaft ein wichtiges Anliegen. Dabei orientiert sich die Forderung der Freiheitlichen Bauern an dem französischen Modell („Geburtsland-Aufzuchtland-Schlachtland“). Nur wenn alle drei Produktions-

## HEIMISCHE QUALITÄT

stufen in Österreich vorgenommen wurden, darf die Herkunftskennzeichnung

„Österreich“ vergeben werden. Sinngemäß soll das auch für andere Lebensmittel – etwa Honig – umgesetzt werden. Im Gegensatz zu anderen Gütesiegeln, die keine Garantie für durchgängige österreichische Qualität bieten, ist für den Konsumenten dann sofort ersichtlich, welche Produkte nach heimischen hohen Qualitätsansprü-

## DIREKTVERMARKTUNG

chen hergestellt wurden und welche Produkte diesen Standards nicht entsprechen. Zudem soll auch der regionale Konsum weiter attraktiviert werden, etwa indem die gesetzlichen Bedingungen für die Direktvermarktung verbessert werden, beispielsweise durch Erleichterungen bei der Registrierkasse und praxistauglichere Hygienevorschriften für bäuerliche Direktvermarkter.

## DIREKTVERMARKTUNG UND REGIONALITÄT

Der regionale Konsum soll attraktiviert werden, indem die Bedingungen für die Direktvermarktung verbessert werden, etwa durch Erleichterungen bei der Registrierkasse und praxistaugliche Hygienevorschriften.



## DURCHGEHENDE KENNZEICHNUNG FÜR FAIRE PREISE

Die Herkunftskennzeichnung soll sich am Modell „Geburtsland-Aufzuchtland-Schlachtland“ orientieren. Nur wenn alle drei Stufen in Österreich vorgenommen wurden, darf die Herkunft „Österreich“ vergeben werden.



KOMMENTAR

Manfred Haimbuchner

## WIR BRAUCHEN FREIE BAUERN

Unsere Heimat Österreich ist durch eine Kulturlandschaft geprägt, die Generationen von Bauern geformt und gepflegt haben. Traditionen und Brauchtum sind im bäuerlichen Alltag und Jahreskreis entstanden und bilden einen Teil unserer Identität. Gleichzeitig erzeugen unsere Bauern hochwertige und gesunde Lebensmittel und stellen die Versorgung der Bevölkerung auch in Krisenzeiten sicher. Wenn man daher von Landwirtschaft spricht, dann spricht man auch immer von Wirtschaft am Land. Wir müssen dann aber auch von Menschen sprechen, die unsere Landschaft, unsere Kultur und Traditionen pflegen. Die Landwirte sind viel zu sehr in dem Fördersystem gefangen und sollten wieder freier handeln dürfen. Das derzeitige System macht es ihnen aber alles andere als leicht. Man hat immer mehr den Eindruck, dass es seitens der EU gewollt ist, dass die kleinstrukturierten Bauernhöfe schließen und nur noch die Großbetriebe wirtschaftlich arbeiten können. Die negative Entwicklung der vergangenen Jahre muss daher aufgehalten und umgekehrt werden. Das Ziel freiheitlicher Agrarpolitik auf allen politischen Ebenen muss sein, ein Umdenken herbei zu führen und einen Wertewandel einzuleiten, um unsere landwirtschaftlichen Betriebe zu stärken. Eine Wertschätzung gegenüber den Landwirten und ihren Produkten in Form eines fairen Preises sollte daher wieder selbstverständlich werden!



Foto: stock.adobe.com



Fotos (2): pixabay.com



KOMMENTAR

Arthur Kroismayr

## REGIONALITÄT LEBEN

Die landwirtschaftliche Interessensvertretung und die Politik hat nun auch die alte freiheitliche Forderung nach mehr Regionalität und Stärkung heimischer Produkte entdeckt. Die richtige Einstellung vieler Konsumenten bewusst österreichische bzw. regional produzierte Ware zu kaufen, ist natürlich wichtig für den Absatz und die Wertschöpfungskette. Allerdings sollte man nicht glauben, dass wir damit das Kernproblem lösen könnten: Wenn wir zu Weltmarktpreisen produzieren wollen bzw. müssen, sind unsere Betriebe und Strukturen zu klein. Nischenproduktion ist für ein paar Wenige eine Chance dieses Dilemma zu überwinden. Es taugt aber nicht dazu, das Grundproblem der niedrigen Preise in Relation zu den hohen Produktionskosten zu lösen. Die Erlöse für die heimischen Bauern müssen deshalb endlich deutlich steigen. Der Handel und die Lebensmittelindustrie müssen gezwungen werden mehr mit den Produzenten zu teilen anstatt sie gegeneinander auszuspielen. Damit der Konsument die Macht hat, echte österreichische Produkte zu kaufen und dadurch die Nachfrage zu erhöhen, muss endlich eine durchgängige gesetzliche Herkunftskennzeichnung umgesetzt werden. Dies wäre eine sinnvolle Möglichkeit, uns vor ausländischer Billigware zu schützen. Mit Marketing Initiativen werden wir unsere bäuerliche Landwirtschaft nicht retten können, mit höheren Verkaufserlösen schon.



## SCHWEINEPRODUKTION IN ÖSTERREICH: ZWISCHEN WELTMARKT

# Import explodierte und 81 % weniger seit 1995: Wohin soll die Reise g

**Preisdruck. Damit sind unsere Schweinebauern nicht erst seit Corona und der Afrikanischen Schweinepest (ASP) konfrontiert. Doch seit dem Exportverbot für deutsches Schweinefleisch nach Asien wird offensichtlich, wie krisenanfällig das gegenwärtige System ist.**

Ein kurzer Blick in die Vergangenheit macht deutlich, wie massiv die gegenwärtigen Rahmenbedingungen die Schweinefleischproduktion in unserem Land verändert haben. Seit dem EU-Beitritt hat sich die Zahl der Schweine haltenden Betriebe in Österreich um 81 Prozent reduziert. Allein in den letzten zehn Jahren hat ein Drittel der Betriebe aufgehört und auch der Schweinebestand ist im selben Zeitraum um 15 Prozent zurückgegangen. Mit 39 Prozent des gesamten Bestandes ist Oberösterreich das führende Bundesland in der Schweineproduktion. Laut dem Grünem Bericht 2020 für Oberösterreich gibt

es hierzulande nur mehr etwa 5.500 Schweinehalter, ein Minus von 41 Prozent allein in den letzten zehn Jahren. „Von den aktuell noch ca. 5.500 Schweinehaltern sind rund 2/3 Klein- und Kleinstbestände. Relevant für die Marktversorgung sind etwa

### MINUS 41 PROZENT

1.800 Schweine haltende Betriebe“, ist im Grünem Bericht OÖ 2020 zu lesen. 3.700 Betriebe in OÖ werden demnach nüchtern als „nicht relevant“ bezeichnet. Im Gegensatz dazu ist der Import von Schweinefleisch seit dem EU-Beitritt explodiert. Während in Öster-

reich jährlich ca. 5,5 Mio. Schweine geschlachtet werden, was etwa 500.000 Tonnen Schweinefleisch entspricht, wurden im Jahr 2018 184.000 Tonnen Schweinefleisch und 40.000 Tonnen Lebendschweine importiert. Das entspricht in etwa der gesamten OÖ-Schweinefleischproduktion. Im Jahr vor dem EU-Beitritt (1994) wurden 1.500 Tonnen Schweinefleisch importiert. Das entspricht einer Zunahme des Imports von 12.000 Prozent! Dass der überwiegende Teil des importierten Fleisches zu österreichischen Produkten „veredelt“ wird, davon ist aufgrund der nach wie vor nicht verpflichtenden Herkunftskennzeichnung auszugehen. Deutschland war im Jahr 2017 das weltweit größte Exportland für Schweinefleisch, 2019 lag es nach den USA



DIE USA WAREN 2019 DER GRÖSSTE SCHWEINEFLEISCH-EXPORTEUR, GEFOLGT VON SPANIEN UND DEUTSCHLAND. NOCH 2017 LAG DEUTSCHLAND AN DER WELTSPITZE.

Foto: stock.adobe.com

## T UND REGIONALITÄT

# iger Betrie- gehen?

und Spanien an dritter Stelle, gefolgt von Dänemark und den Niederlanden. Das wichtigste Zielland für die deutschen Exporte war bis vor kurzem China, bis dieses einen Importstopp aufgrund der Schweinepest verhängte, der einen Preissturz verursachte.

Laut Johann Schlederer, der seit 25 Jahren der Chef der Schweinebörse ist, stamme die Hälfte des nach Österreich importierten Schweinefleisches aus Deutschland und damit werde nicht nur die Ware, sondern auch der Preis importiert. Eine Abkopplung vom Weltmarkt sei dennoch „undenkbar“, hält er im Interview mit dem „Landwirt“ fest. Im Gespräch mit den OÖNachrichten vom 15. Oktober freut sich Schlederer über einen nicht so starken Preiseinbruch von „nur“ acht Cent pro Kilo Schlachtfleisch

im Gegensatz zu unserem Nachbarland: „Das ist zwar für die Erzeuger ebenfalls schmerzlich, aber in Relation zum internationalen Markt als Erfolg zu bewerten.“

Der größte Profiteur von niedrigen Preisen ist China, dessen Produktion in den vergangenen zwei Jahren von 54 Mio. Tonnen auf 38 Mio. Tonnen Schweinefleisch gefallen ist. Der ASP-Ausbruch hat im Reich der Mitte verursacht, dass sich der Import des beliebten Schweinefleisches von 2019 auf 2020 auf 4,8 Mio. Tonnen verdoppelt hat. Eine kostspielige Angelegenheit. Berichten eines chinesischen Nachrichtenportals zufolge gab das chinesische Landwirtschaftsministerium Mitte Oktober bekannt, dass der landesweite Bestand an Schweinen mittlerweile wieder auf über 80 Prozent des normalen Niveaus zurückgekehrt sei. Ebenso wird berichtet, dass China, einschließlich der noch im Bau befindlichen Kapazitäten, eine Produktion von 2 Milliarden Schweinen pro Jahr erreichen könne. Dem gegenüber stehe ein Verbrauch von 650 Mio. Schweinen/Jahr. Tönnies scheint jedenfalls überzeugt vom Wachstum in Asien zu sein. Denn Deutschlands größter Schlachtbetrieb hat kürzlich einen Vertrag für den Bau eines Schlacht- und Zerlegezentrums, mit einer maximalen Kapazität von sechs Millionen Schlachtungen/Jahr, in der Region Sichuan unterzeichnet, wie agrarheute berichtete.

Während Deutschland zurzeit gezwungen ist, seine Überproduktion am Binnenmarkt zu verschleudern und somit auch österreichischen Verarbeitungsbetrieben unmoralische Angebote machen wird, stehen unsere Schweinebauern dem derzeitigen Marktsystem ausgeliefert gegenüber. Die Aussage von Schlederer, dass „die Traumvorstellungen vom abgekoppelten Österreich-Preis“ von Leuten kommen, „die keine Ahnung vom Markt haben“, klingt vor diesem Hintergrund nach alter Schule. Ist diese noch zeitgemäß?

## EIN EHRLICHER VERGLEICH DER REALEN PREISENTWICKLUNG SEIT 1995 SCHOCKIERT:

# Preise bei Mastschweinen: Real gibt es -59 Prozent weniger seit dem EU-Beitritt



Foto: pixabay.com

**Etwa 1.965 Schilling hat ein Bauer für ein Schwein 1995 bekommen. Umgerechnet entspricht das einem Preis von 143 €, inflationsbereinigt wären das rund 210 €.**

Johann Schlederer, Chef der Schweinebörse, rechnete kürzlich vor, dass die Mast im Schnitt erst ab 170 €/Schwein kostendeckend sei. Ein Erzeugerpreis von 1,22 €/kg (KW 48), mit dem ein Bauer heute kalkulieren muss, liegt nicht nur weit unter der Kostendeckungsgrenze, er liegt auch 14,7 Prozent unter dem Preis zum Zeitpunkt des EU-Beitritts vor 25 Jahren. Denn 1995 lag der Preis bei 19,65 S/kg SG (=1,43 €/kg). Doch vor 25 Jahren war das Geld im Vergleich zu heute noch mehr wert. 46,8 Prozent macht die Inflation seither aus. Inflationsbereinigt entspricht der damalige Preis von 1,43 €/kg heute einem Preis von 2,10 €/kg. Man kann daher von einem realen Preisverfall von 41,9 Prozent im Zeitraum 1995-2020

sprechen. Doch dabei ist die negative Preisentwicklung, die der EU-Beitritt an sich verursachte noch nicht eingerechnet. Viele können sich daran noch lebhaft erinnern. Im Grünen Bericht ist dazu folgendes festgehalten: „Am österreichischen Schweinemarkt kam es 1995 zu einer Angleichung an das wesentlich niedrigere EU-Preisniveau. Im Jahresdurchschnitt 1995 war im Vergleich zu 1994 ein Preisrückgang von rd. 21 % zu verzeichnen.“ Der durchschnittliche Erzeugerpreis lag im Jahr 1994 bei 27,12 S/kg SG (=1,97 €/kg, real: 2,95€/kg). Der Mast Schweinepreis ist daher in Wahrheit real um 58,6 Prozent seit dem EU-Beitritt gefallen. „Das österreichische Ziel kann nie in der Kostenminimalisierung, sondern nur in der Qualität liegen“, betonte Agrarlandesrat Max Hiegelsberger vor einiger Zeit gegenüber der Bauernzeitung. Diesen Worten sind sichtlich keine Taten gefolgt.

## KEIN NADELHOLZ MEHR IM EXPORTHANDEL:

## Russland stoppt Export

Ab Jänner 2020 sollen russische Nadelholz-Exporte gestoppt werden, berichtet die Nachrichtenagentur TASS. Präsident Putin will stattdessen Einschnitt und Weiterverarbeitung nur noch in Russland durchführen lassen. Die Behörden wurden angewiesen, die entsprechenden Novellen zu erstellen. Es sei nötig, umgehend



Barrieren gegen den Export von Nadelrundholz einzurichten, so Putin. Statt das Rundholz in Russland weiterzuverarbeiten, würden die Rohstoffe „aus dem Land geschmuggelt“, wie Putin sich ausdrückte. Zudem soll ein Förderprogramm zu Modernisierung russischer Holzverarbeitungsbetriebe gestartet werden.

Foto: pixabay.com

## TROTZ EMPFEHLUNGEN KEIN MANAGEMENTPLAN:

## Warten auf den Wolfsplan

Trotz der wachsenden Wolfspopulation in Oberösterreich traut sich der für den Wolf zuständige Landesrat Max Hiegelsberger nicht aus der Deckung. Obwohl die FFH-Richtlinie bei einem günstigen Erhaltungsstand sehr wohl Möglichkeiten für ein Wolfsmanagement vorsieht und obwohl dies auch das Bundesmi-

nisterium bestätigt, tut sich offenbar nur wenig in dieser Angelegenheit. Das Ministerium regte an, dass „im Bundesland OÖ alternative Maßnahmen zur Verhütung oder Verringerung von Schäden“ ergriffen werden sollten, um „Landwirtschaft und Almwirtschaft auch bei Anwesenheit von Wölfen sicherzustellen.“



Foto: pixabay.com

## WWF UND THÜNEN-INSTITUT UNTERSUCHTEN HÖLZER IN GRILLKOHLE WELTWEIT:

# Gesetzeslücken: Tropenholz in fast der Hälfte aller Grillkohle gefunden



DIE ABHOLZUNG DER TROPISCHEN REGENWÄLDER GEHT UNAUFHALTSAM WEITER. NEBEN DER PALMÖL-PRODUKTION GEFÄHRDET AUCH DER GRILLKOHLEBEDARF DEN BESTAND.

Der WWF und das Thünen-Institut haben europaweit 150 verschiedene Grillkohleprodukte untersucht. In 67 davon fand sich Holz aus subtropischen und tropischen Regionen mit Anteilen von bis zu 91 %. Damit werden massive Gesetzeslücken offenbar. Vor allem in Belgien, Polen und Spanien sind die Anteile an Tropenholz besonders hoch.

Der Anteil der Produkte, die Tropenholz enthielten lag bei den 11 untersuchten Staaten bei 46 %, nur bezogen auf die neun teilnehmenden EU-Mitgliedsstaaten sind es sogar 54%. Die Studie wurde vorab als wissenschaftliche Publikation im „JAWA Jour-

nal“ und in „Nature“ veröffentlicht. Der WWF kritisiert massive Gesetzeslücken, die den Import von Grillkohle aus Hochrisikoländern zulassen, die für illegale Rodungen und Raubbau bekannt sind. Die Untersuchung bestätigte, dass die Produktion

von Grillkohle systematisch mit illegalem Handel und Raubbau verbunden sei. Mit einem Anteil von bis zu 30 % trage der illegale Holzhandel erheblich zur Entwaldung weltweit bei, sagt Johannes Zahnen vom WWF Deutschland.

Oft sei der illegale Holzhandel in der Hand organisierter Kriminalität, die sich aus dem illegalen Grillkohlehandel finanzieren. Falsche Angaben auf den Verpackungen führen zudem zu

Verbrauchertäuschung. Damit einhergehend steige die Wahrscheinlichkeit illegaler Herkünfte: Bei gut einem Viertel aller Proben wurde die Holzart auf der Verpackung genannt – die Hälfte der Angaben war jedoch falsch oder unvollständig. Bezogen auf die EU-Länder ergab sich das gleiche Bild: Auf 20% der Verpackungen war die Holzart deklariert, aber bei fast der Hälfte falsch oder unvollständig. Damit haben Konsumenten bei 90% der getesteten Produkte gar keine Möglichkeit, sich gegen Raubbau zu entscheiden. Die Situation in Österreich ist ebenfalls nicht zufriedenstellend. Über 90 % des heimischen Bedarfs an Grillkohle stammt aus dem Ausland. Die Arbeiterkammer testete vor einiger Zeit verschiedene Produkte. Acht der 16 getesteten Grillkohle-Produkte sind mit den Gütesiegeln FSC bzw. PEFC ausgezeichnet, stammen zwar zumeist aus dem Ausland, aber immerhin aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen. Der Rest der Produkte enthält Tropenhölzer in verschiedenen hohen Anteilen.

Foto: pixabay.com

## PREISVERGLEICHE BEIM HÄUSERBAU ZEIGEN GERINGE DIFFERENZ BEI HOLZ:

# Holz als günstiger Baustoff der Zukunft

**Holz wird in Österreich als klimaneutraler Baustoff der Zukunft beworben. Als nachwachsender Rohstoff gilt Holz im Hausbau inzwischen als echte Alternative zum Massivhaus. Oft werden allerdings – neben anderen Argumenten – auch die Kosten eines Holzhauses als Hemmnis gesehen. Doch stimmt es wirklich, dass ein Holzhaus teurer ist?**

Rund 30 Mio. Kubikmeter Holz wachsen jedes Jahr in Österreich nach. Pro Sekunde ergibt das rund einen Kubikmeter Holz. Ein durchschnittliches Einfamilienhaus in Holzbauweise benötigt rund 40 Kubikmeter Holz. An einem Tag wächst somit die Holzmenge für 2.160 Holzhäuser nach.

Theoretisch könnten wir in unseren Städten und Dörfern nur Häuser aus Holz errichten. Technisch ist es heute möglich, Gebäude bis zur Hochhausgrenze und sogar darüber hinaus mit Holz zu bauen. Der bekannte „Holzhaus-Papst“ Erwin Thoma bewies bereits, was mit dem Rohstoff Holz alles möglich ist, etwa bauen ohne Klimaanlage und trotzdem die Garantie einer hervorragenden natürlichen Temperaturregulierung.

Weniger als ein Drittel des jährlichen Holzzuwachses in Österreich würde theoretisch ausreichen, um alle Hochbauten eines Jahres in Holz zu errichten. 18 Mio. Kubikmeter

## TENDENZ STEIGEND

Holzbauprodukte können theoretisch aus dem jährlich zuwachsenden Holz hergestellt werden.

Tatsächlich werden laut einer Studie der Universität für Bodenkultur aus dem Jahr 2018 insgesamt 24 Prozent des jährlichen Hochbau-Aufkommens in Holz gebaut – Tendenz steigend. Damit liegt Österreich etwa vor Deutschland, wo lediglich 15 Prozent aller Neubauten in Holz errichtet werden. Als Holzbau gelten dabei alle Gebäude, bei denen mehr als 50 Prozent der tragenden

Konstruktion aus Holz bzw. Holzwerkstoffen sind. In den letzten 20 Jahren (1998 bis 2018) hat sich der Holzbauanteil nahezu verdoppelt.

Holz ist als Hausbaumaterial sehr vielseitig. Ob es sich um eine Fertighausvariante, ein Bausatzhaus, ein massives Blockbohlenhaus oder auch um ein Architektenhaus handelt – mit Holz ist einiges möglich, von traditionellen bis hin zu sehr modernen Erscheinungsbildern. Holzhäuser können aufgrund ihres geringen Gewichts auch bei schwierigen Bodenverhältnissen gebaut werden. Sie benötigen keine besonders hohe Tragfähigkeit des Bodens.

## HOLZ: VIELE VORTEILE

Auch die gesundheitlichen Vorteile sind in den letzten Jahren zunehmend erforscht worden. Die Holzbauweise ist für Allergiker und Asthmatiker nachweislich gesundheitsfördernd. Holz kann Feuchtigkeit aufnehmen und

abgeben, sodass das Klima selbstständig reguliert wird. Das schafft eine gesundheitsfördernde Umgebung.

Betrachtet man die auflaufenden Kosten für ein Holzhaus, so fällt zunächst die Bauzeit eines Holzhauses geringer aus – das spart Arbeitskosten. Langfristig gesehen, kann ein Holzhaus vor allem bei der Heizenergie Kosten sparen. Der Baustoff Holz hat sehr gute selbstregulierende Isoliereigenschaften bei geringem Platzverbrauch. Dafür ist das Massivhaus oftmals leichter zu sanieren.

Die tatsächlichen Kosten zwischen Massivhaus und Holzhaus unterscheiden sich laut verschiedener Studien um etwa ein Prozent zugunsten des Massivhauses. Für welche Hausart sich der Bauherr letztlich entscheiden wird, ist aber nicht nur eine Preisfrage, sondern hängt auch davon ab, welchen Kriterien und Merkmalen besonders viel Gewicht beigemessen wird.



## BINNENMARKT STÄRKEN, FÖRDERUNGEN ÜBERDENKEN, DURCHG

# Wir brauchen ein grundsätzliche

**Der Obmann der Freiheitlichen Bauern Oberösterreich, LAbg. Ing. Franz Graf, erläutert im Gespräch mit dem „Freien Bauern“, wie er freiheitliche Agrarpolitik einordnet und welche Missstände dringend angegangen werden müssen, um der Landwirtschaft zu helfen.**

**Als Obmann der Freiheitlichen Bauernschaft OÖ haben Sie oft die GAP kritisiert. Was genau sind Ihre Kritikpunkte?**

Die GAP setzt auf alte nicht mehr passende Werkzeuge, wie etwa die Hektar-Förderung, egal wie groß ein Betrieb ist. Mengen-Kosteneffekte bleiben völlig unberücksichtigt. Gleichzeitig sind europäische Mindeststandards bei Umwelt und Tierwohl für die EU Agrarpolitik nach wie vor kein Thema.

Auch beim sogenannten „Green Deal“ wählt man keinen ökologischen Ansatz. Zehn Prozent oder mehr der Ackerfläche still zu legen, bedeutet doch nur, Produktionen auszulagern in Länder mit weit schlechteren Umweltstandards. Das kann doch kein ernsthafter Plan zum Umwelt- oder Klimaschutz sein.

Um aus den Erfahrungen mit der Umsetzung der letzten Reform zu lernen, wollte die EU-Kommission diesmal einen Dialog zur Modernisierung und Vereinfachung der

GAP führen. Dazu konnte man über ein spezielles Formular im Internet seine Meinung äußern. Auch wenn es löblich ist, die Bürgerbeteiligung zu verbessern, führte dieses Verfahren dazu, dass sich kaum Landwirte geäußert haben, dafür aber um so mehr Aktivisten von NGOs.

Solange also die Ziele der GAP mit noch mehr Rationalisierung für günstigere Verbraucherpreise festgeschrieben sind, werden „ein paar Korrekturen“ und „an manchen Schrauben etwas drehen“ nichts Wesentliches verändern. Es fehlt das grundsätzliche Bekenntnis zur bäuerlichen Landwirtschaft, die in der Lage ist, qualitativ beste Lebensmittel zu erzeugen und lebenswerte Landschaften zu erhalten. Das funktioniert aber nur, wenn die politischen Rahmenbedingungen dabei tatsächlich unterstützend wirken. Dazu braucht es eine Besinnung auf die europäischen Stärken und neue Leitplanken für bessere Preise, eine Kennzeichnung die diesen

FRANZ GRAF, SPITZENKANDIDAT  
FÜR DIE LK-WAHL AM 24. JÄNNER 2021.



SICHERHEIT



HEIMATLIEBE



WERTSCHÄTZUNG



FRANZ GRAF IST  
LEIDENSCHAFTLICHER BAUER  
MIT HERZ UND HAND.

Namen auch verdient und ein Erschweren von Importen mit schlechteren Qualitäten. Nur so wird „billig“ nicht zum Standard, sondern Qualität, im Sinne von Umwelt und Gesundheit, hat wieder eine Chance. Für den Staat ist dieser Weg unterm Strich auch günstiger.

**Österreichs Landwirtschaft ist kleinstrukturiert und oft familiengeführt. Kann so eine Landwirtschaft am Weltmarkt überleben?**

Die brutale Ausrichtung der GAP auf „wachsen oder weichen“ lässt das auf Dauer nicht zu. Wenn vom ersten bis zum x-tausendsten Hektar gleich

hohe Ausgleichszahlungen geleistet werden, passt das nicht für unsere Familienbetriebe. Schuld ist die Weltmarktstrategie der EU. Da sehe ich nicht die Zukunft für unsere Höfe, denn wir importieren uns so die niedrigen Produktpreise. Den Binnenmarkt für die Lebensmittelproduktion und für mehr heimisches Eiweiß stärken, regionale Wirtschaftskreisläufe und regionale Infrastruktur fördern und aufbauen - das hat Zukunft.

**Welche Maßnahmen könnten den Bauern einen fairen Preis und ein wirtschaftliches Produzieren ermöglichen?**

## LEBENDE HERKUNFTSKENNZEICHNUNG UND REGIONALITÄT:

# Das Bekenntnis zur Landwirtschaft



Den Binnenmarkt stärken und regionale Produktionen und Märkte zulassen, wäre ein erster Erfolg versprechender Schritt. Das EU-Verbot für eine vernünftige Herkunftskennzeichnung ist daher der völlig falsche Weg. Da hatte der Handel offenbar die stärkere Lobby, als die Bauern. Gleichzeitig müssen kleinere Betriebe durch die verschiedensten Maßnahmen gestärkt werden. Etwa durch eine Verdoppelung der Ausgleichszahlung für die ersten 20 ha. Hier ist zu einem nicht geringen Anteil auch die Politik gefordert, wenn es darum geht, unsere landwirtschaftlichen

Betriebe wirksam zu unterstützen. Außerdem müssen wir uns endlich von der Illusion freimachen, dass unsere Landwirtschaft ernsthaft als Konkurrent am Weltmarkt auftreten könnte. Das ist eine gefährliche Vorstellung, der seit Jahrzehnten viele unserer Betriebe zum Opfer gefallen ist. Das Motto „Wachse oder weiche“ ist das Todesurteil für unsere familiäre und kleinstrukturierte Landwirtschaft. Wir müssten also unseren Binnenmarkt vor qualitativ minderwertigen Produkten schützen und gleichzeitig unsere Bauern wertschätzen.

**Der Bauernbund wird von**

**vielen Landwirten als die angestammte Interessenvertretung wahrgenommen. Wie ist Ihre Position zum Bauernbund?**

Der Bauernbund verfügt über ein extrem starkes Netzwerk im ländlichen Raum, aber gibt gleichzeitig als angebliche Interessensvertretung der Bauern immer öfter klein bei – vor allem gegenüber dem ÖVP-Wirtschaftsflügel.

Als Freiheitliche Bauernschaft bilden wir die Opposition gegen den Bauernbund in der Landwirtschaftskammer. Es ist daher unsere Aufgabe, Fehler und Defizite aufzuzeigen und zu kritisieren. Davon gibt es

in der Agrarpolitik aktuell viel zu viele und nur eine dafür seit Jahrzehnten Verantwortung tragende Partei. Wenn sich der Bauernbund schon selbstherrlich zum „Schutzbund“ der Bauern hochstilisiert, muss er sich auch kritische Fragen gefallen lassen. Zum Beispiel wie sich ein inflationsbereinigter Einkommensrückgang von mehr als 40 Prozent in den letzten Jahren, mit einer saftigen Einheitswerterhöhung verträgt. Und bitte nicht wieder das Märchen von „alles andere hätte eine Abschaffung des Einheitswertes bedeutet“ anstimmen. Oder die euphorische Zustimmung zu den geplanten Freihandelsabkommen. Unsere Antworten und Vorschläge liefern wir ab, wenngleich das Aufgabe der Verantwortungsträger wäre. Bis jetzt wurden diese hochmütig abgelehnt. Hochmut kommt bekanntlich vor dem Fall.

**Andere Mitbewerber bezeichnen sich gerne als „unabhängig“. Warum ist eine Stimme für solche Gruppierungen verschenkt?**

Es hört sich immer sehr klingvoll an, wenn man sich „unabhängig“ nennen kann. Doch erstens ist es mit der Unabhängigkeit oft nicht weit her, wenn man sich die diversen Verflechtungen zwischen „unabhängiger“ Landwirtschaftspolitik und etwa der ÖVP-dominierten Bio Austria genauer ansieht. Und zweitens können echte Veränderungen nur in gesetzgebenden Körperschaften bewirkt werden. Deshalb muss man dort auch vertreten sein. Ohne Vertretung in Parlamenten bleibt es bei schönen Forderungen und Resolutionen, die keine Chance auf Umsetzung haben. Daher gilt auch: Je stärker wir Freiheitlichen in allen Körperschaften sind, desto mehr kommen unsere Verbesserungsvorschläge und Reformen auch in die politische Umsetzung.

QUALITÄT, ECHTE TRANSPARENZ UND FAIRE PREISE SIND DIE EINZIGEN

# Wir sind stolz auf unsere Bauern

**In den letzten Monaten hat Fritz Floimayr, Gründer und Geschäftsführer des erfolgreichen oberösterreichischen Fleischproduzenten Gourmetfein, für gehörig Aufsehen gesorgt. Grund genug für uns nachzufragen, was es damit auf sich hat und wohin die Reise jetzt geht.**

## Woher kommt Ihr starkes öffentliches und gesellschaftliches Engagement?

Als Familienunternehmen haben wir bereits seit unserer Gründung ein ausgeprägtes soziales Gewissen. Das zeigt sich im guten Umgang mit unseren Mitarbeitern, unseren Lieferanten und unseren Partnern. Und auch bei der Erzeugung unserer Produkte achten wir darauf, dass wir die Umwelt nicht in einem schlechteren Zustand hinter-

lassen, als wir sie vorgefunden haben. Das gehört zu unserem Selbstverständnis. Aber so gut das auch alles ist, das reicht heutzutage nicht mehr. Als erfolgreiches Unternehmen tragen wir eine besondere Verantwortung für unser Land. Wenn wir miterleben müssen, dass in den letzten zwei Jahren im

Schnitt jeden Tag 7 Schweinebauern für immer aufhören mussten, dann ist es höchste Zeit zu handeln. So kann und darf das nicht weitergehen. Deswegen werde ich jetzt hier noch aktiver.

## Aber wäre das nicht die Aufgabe der Politik und der Interessenvertretungen?

Wir dürfen es uns nicht so leicht machen,

das alles auf die Politik zu schieben, obgleich ihr natürlich eine besondere Verantwortung zukommt. Aber wenn ich als Unternehmer einen Beitrag leisten kann, dann möchte ich das auch machen. Wenn ich etwa sehe, dass meine 46 Partnerbauern sich angesichts der negativen Entwicklung der Marktpreise für Schweine in Deutschland große Sorgen machen und immer schlechter schlafen können, dann muss ich handeln. Deswegen habe ich mich entschieden, ihnen nicht nur rund 30 Prozent mehr zu zahlen, sondern auch eine Abnahmegarantie zu geben. Ich will ihnen diese Sorgen nehmen, damit sie sich auf

**KommR Fritz Floimayr:** Zuerst gibt er als erstes und bislang einziges Unternehmen der Branche eine eidesstattliche Erklärung ab, dass das was auf der Packung draufsteht, auch wirklich drinsteckt. Dann wendet er sich von der Schweinebörse ab und gibt seinen Landwirten eine einjährige Abnahmegarantie zu einem deutlich höheren Preis. Und schließlich präsentiert er in Wien eine neue bundesweite Initiative für Regionalität & Tierwohl gemeinsam mit dem Tierschutzvolksbegehren.



**gourmetfein**  
So muss das schmecken.

**LEBENS- UND WELTWEITE MÖGLICHKEIT, DEM WELTMARKT DIE STIRN ZU BIETEN:**

# und wollen eine sichere Zukunft

das Wesentliche konzentrieren können: Gute Lebensmittel zu erzeugen. Davon haben wir alle was.

## **Welche Rolle kommt hier den Konsumenten zu?**

Eine ganz entscheidende. Die Menschen müssen auch bereit sein die Produkte zu kaufen, die unsere Landwirte für sie in harter und ehrlicher Arbeit erzeugen. Aber das werden sie nur machen, wenn wir ihnen versichern, dass das was wir ihnen anbieten, auch wirklich drinsteckt. Die Konsumenten werden ständig verunsichert und diese Verunsicherung führt dazu, dass sie uns allen misstrauen. Das ist unfair und dagegen müssen wir was machen. Die stärkste Antwort, die ich als Unternehmer darauf geben kann, ist die eidesstattliche Erklärung. Damit versichere ich als Person, dass alles seine Ordnung hat. Man kann mich beim Namen nehmen, ich verstecke mich nicht. Und das kann ich, weil ich mir sicher sein kann, dass unsere Landwirte hervorragende Arbeit leisten. Ich stehe zu ihnen.

## **Was hat es mit der neuen Initiative für Tierwohl, Naturschutz und die Stärkung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft auf sich?**

Egal wie stark ich mich als Einzelner engagiere, ich brauche immer auch die Gemeinschaft für eine grundsätzliche Veränderung. Deswegen haben wir uns entschlossen eine neue Initiative zu starten, bei der wir auf die Zusammenarbeit mit dem Tierschutzvolksbegehren und anderen Akteuren setzen. Denn wir haben gemerkt, dass wir in drei zentralen Punkten eine absolute Übereinstimmung haben. Erstens wollen wir, dass es eine verpflichtende Herkunfts-Kennzeichnung bei Lebensmitteln gibt. Zweitens wollen wir, dass das genma-

nipulierte Soja aus Übersee nicht mehr eingesetzt wird. Und drittens wollen wir, dass die Langstrecken-Tiertransporte ein Ende finden. All das erfüllen wir als Unternehmen schon, aber das wollen wir auch als verbindlichen Standard für alle erreichen.

## **Birgt das nicht auch die Gefahr, dass der Druck auf die heimische Landwirtschaft noch größer wird?**

Den Druck erzeugt ja nicht die österreichische Bevölkerung. Der Druck kommt aus dem Ausland, aus der furchtbaren Massentierhaltung in Deutschland, Polen oder der Ukraine. Wir haben keine Chance, wenn wir weiter versuchen mit der gigantischen Tierindustrie mitzuhalten, die keine Rücksicht auf das Wohl der Tiere, der Natur oder der Bauern nimmt. Wir müssen jetzt den „Feinkostladen Österreich“ ausbauen, wir müssen uns durch Qualität differenzieren, nicht durch Spottpreise. Deswegen ist aus meiner Sicht jetzt der Punkt erreicht, wo man einen Schulterschluss zwischen Konsumenten und Produzenten herbeiführen muss. Es geht um nicht weniger als das Überleben unserer heimischen Landwirte.

## **Aktuell wird auch die Frage eines Vollspaltenverbots heiß diskutiert, gefährdet das nicht das Überleben der Bauern?**

Wenn man jetzt unmittelbar den Vollspaltenboden verbieten würde, dann könnte die heimische Landwirtschaft zusperrten. Dann würde sich die Produktion ins Ausland verlagern und nichts wäre gewonnen. Im Gegenteil, damit würde man den Tieren sogar noch schaden. Dagegen verwehre ich mich. Die Tierschützer müssen verstehen, dass gut gemeint nicht immer gut ist. Auch wir bekennen uns zu Weiterentwicklungen in der Landwirt-

schaft, das ist klar. Aber wir stehen für einen vernünftigen und konstruktiven Weg, der sicherstellt, dass die Bauernhöfe überleben können. Das heißt für mich ganz konkret: Die Politik muss hinreichend Fördermittel bereitstellen, der Handel muss faire Preise zahlen, der Konsument muss die heimische Ware kaufen. Fortschritt erreichen wir nur wenn alle ihren Beitrag leisten.

## **Wir lesen in diesen Tagen viel über die Situation in Deutschland, den durch Corona und Schweinepest verursachten „Schweinepest“-welche Auswirkungen hat das auf Österreich?**

Was wir derzeit in Deutschland sehen ist leider auch das Resultat einer katastrophalen Fehlentwicklung der letzten Jahre, wo auf immer größere Einheiten gesetzt wurde. Die sind weniger krisenresistent. Bis zu 600.000 schlachtreife Schweine sind dort derzeit in der Warteschleife, das ist auch eine Katastrophe für die Landwirte. Und das wirkt sich natürlich auch auf den Marktpreis aus, der sich in Deutschland extrem unter Druck befindet und an dem sich die österreichische Schweinebörse orientiert. Wenn billige Überkapazitäten nach Österreich drängen, dann gerät unsere Landwirtschaft in Gefahr. Der Ausweg kann unmittelbar nur darin bestehen, dass wir das öffentliche Bewusstsein schärfen gerade jetzt zu heimischer Ware zu greifen. Und dass wir mittelfristig ja nicht den Fehler begehen auf Masse zu setzen.

## **Mehr als die Hälfte des importierten Schweinefleisches stammt aus Deutschland (1,5 Mio. Schweine). Damit werde nicht nur die Ware, sondern auch der Preis importiert, erklärte der Sprecher der Schweinebörse, Johann Schlederer**

## **und sagte: „Die Traumvorstellungen vom abgekoppelten Österreich-Preis kommen von Leuten, die keine Ahnung vom Markt haben.“ Was sagen Sie dazu?**

Ich beschäftige mich nicht mit Träumen, sondern konzentriere mich als Unternehmer immer auf Fakten. Fakt ist, dass wir seit Jahren einen dramatischen Niedergang der kleinbäuerlichen Landwirtschaft erleben. Damit geht Kulturgut verloren, darunter leiden regionale Wirtschaftskreisläufe und die Vitalität im ländlichen Raum. Für mich sind Bauern nicht einfach nur Produzenten von Ware, die beliebig austauschbar wären. Der Weltmarkt ist eine Realität, mit dem man umgehen muss. Aber manche glauben die Antwort darauf sind immer tiefere Preisen und immer größere Mengen. Ich glaube das ist der komplett falsche Weg. Und letztlich ist es auch Missbrauch an den Landwirten, wenn man ihnen weiter glauben macht, dass sie auf diese Weise eine Chance hätten. Wir haben nur eine Chance: Mit Qualität und Transparenz. Der Markt ist ja keine unbeeinflussbare Größe, sondern ein hochdynamisches Zusammenspiel von Produzenten, Verarbeitern, Handel, Politik und Konsumenten. Diejenigen, die sich nur zurücklehnen und auf „den Markt“ verweisen, verpassen die Chance ihn mitzugestalten. Genau diesen Versuch unternehme ich gerade, wenn ich in einer neuen Allianz zwischen Produzenten, Verarbeitern und Konsumenten das öffentliche Bewusstsein für die Werthaftigkeit heimischer Erzeugnisse schärfe. Natürlich brauchen wir dazu auch die Beteiligung des Handels und die Unterstützung der Politik. Aber ich bin zuversichtlich, dass wir sie erhalten werden.



DAS GEPLANTE CORONA-ENTLASTUNGSPAKET DER BUNDESREGIERUNG FÜR DIE LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT IST IN WAHRHEIT EIN TROPFEN AUF DEN HEISSEN STEIN.

Foto: pixabay

**INSGESAMT 400 MILLIONEN EURO WERDEN INVESTIERT:**

## Entlastungs- und Unterstützungspaket für die Landwirtschaft

Mit insgesamt 400 Mio Euro soll die Landwirtschaft in der Corona-Krise unterstützt werden. Im Paket enthalten sind Entlastungen, wie etwa die Angleichung der Mindestbeitragsgrundlage in der Krankenversicherung oder die Gewinnglättung, um schlechte Ernten auszugleichen.

Trotz der Unverzichtbarkeit unserer Bauern für die Grundversorgung sehen sich die Land- und Forstwirte seit Beginn der Corona-Krise mit einer Vielzahl von Herausforderungen konfrontiert. So stagnieren die Preise für land- und forstwirtschaftliche Produkte und auch die Einkommen in der Land- und Forstwirtschaft gehen zurück. Durch die enorme Trockenheit und die fehlenden Niederschläge sind auch die Wälder in großer Gefahr.

Die Bundesregierung hat daher im Rahmen der Regierungsklausur ein Entlastungs-

und Investitionspaket von 400 Mio. € für die Land- und Forstwirtschaft angekündigt. 50 Mio. € betreffen vor allem steuerliche Entlastungsmaßnahmen, die an sich für 2021 geplant waren und nun rückwirkend mit 1. Jänner 2020 in Kraft treten sollen. 350 Mio. € gibt es zudem für Investitionsmaßnahmen im Bereich der Forstwirtschaft.

### ENTLASTUNGSPLAN

So soll etwa die Mindestbeitragsgrundlage für die Krankenversicherung an das

allgemein gültige Niveau angeglichen werden. Die umsatzabhängige Buchführungsgrenze wird auf die allgemeingültige Umsatzgrenze aller Unternehmen von 550.000 auf 700.000 Euro angehoben. Auch die Gewinnglättung ist Teil des Pakets, mit dieser Maßnahme kann die Besteuerung von landwirtschaftlichen Einkommen über einen Durchrechnungszeitraum von drei Jahren erfolgen, um schlechte Erntejahre ausgleichen zu können. Auch die Umsatzgrenze für landwirtschaftliche Nebentätigkeiten wird auf 40.000 € angehoben. Mit Investitionsanreizen, der Abgeltung von Schäden und einem großen Schwerpunkt in Forschung und Entwicklung soll die Forstwirtschaft unterstützt

werden. Mit mehreren Maßnahmen soll die Aufforstung klimafitter Mischwälder unterstützt und Forschungsprojekte finanziert werden und eine Holzbauoffensive starten. Die bestehenden Hektarsätze beim Einheitswert werden bei Kalamitätsschädigung angepasst. Bei Antrag auf Wertfortschreibung (bei bestehenden Wertfortschreibungs-Grenzen) erfolgt eine Reduktion der bestehenden Hektarsätze um 30 %, wenn die Waldfläche zumindest zu 20 % durch eine Kalamität geschädigt ist.

Wann und wie die Gelder ausgezahlt werden, ist allerdings ungewiss, da sich die Regierung sehr schwer tut, unbürokratisch und schnell Gelder auszuschütten, wie sich etwa bei anderen „Rettungspaketen“ im Zusammenhang mit der Corona-Krise in den letzten Monaten gezeigt hat. Weniger als die Hälfte der von der schwarz-grünen Bundesregierung vollmundig angekündigten Gelder zur Corona-Unterstützung wurden bisher ausgezahlt. Schnelle Hilfe sieht sicher anders aus.

## DFB-SERIE: KANDIDATENVORSTELLUNG ZUR LK-WAHL AM 24. JÄNNER 2021

## UNSERE KANDIDATEN FÜR DIE KAMMERWAHL - PLATZ 1:

## Franz Graf

Spitzenkandidat  
der Freiheitlichen  
Bauernschaft OÖ.



Mein Name ist Franz Graf, ich bin 59 Jahre alt und mit Herz und Hand aus Überzeugung Bauer. Ich bewirtschafte einen Hof, der auf eine über 700jährige Geschichte zurückblickt. Das bedeutet Verantwortung für die Gegenwart und für die Zukunft.

Ich bin verheiratet, habe zwei Söhne und eine Tochter. Unser Betrieb ist ein Marktfruchtbetrieb mit Schwerpunkt Saatgutvermehrung sowie hochwertigem Brotgetreide, wie es unsere regionalen Mühlen wünschen.

Als leidenschaftlicher Pflanzenbauer lege ich einen besonderen Fokus auf das Bodenleben und eine nachhaltige Humuswirtschaft. Diese Begeisterung für alles, was wächst, möchte ich der nächsten Generation mitgeben.

Politisch engagiere ich mich seit Jahren nicht nur in der Freiheitlichen Bauernschaft Oberösterreich, sondern auch in der Gemeinde- und Landespolitik. 2015 schenken mir die Oberösterreicher ihr Vertrauen und wählen mich als Abgeordneten für die FPÖ in unseren Landtag. Hier vertrete ich auch die Interessen unserer heimischen Bauern.

Die österreichische Landwirtschaftspolitik geht seit vielen Jahren - und spätestens seit dem EU-Beitritt Österreichs im Jahr 1995 - in eine vollkommen falsche

Richtung. Die Rahmenbedingungen für Landwirtschaft durch Familienbetriebe in unserem Land haben sich seitdem leider sukzessive verschlechtert. Darum ist mein vorrangiges politisches Anliegen hier eine echte Veränderung zu bewirken.

Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit und unsere hohen Produktions- und Qualitätsstandards müssen für die Politik wieder mehr zählen und am Markt einen höheren Wert haben. Dieses Ziel zu erreichen ist möglich, aber nur mit den richtigen politischen Rahmenbedingungen.

Wir freiheitliche Bauern haben seit Langem konkrete Lösungen dafür erarbeitet, die wir auch immer wieder in den politischen Entscheidungsprozess einbringen. Als kritische und verantwortungsbewusste Staatsbürger fordern wir transparente und ehrliche Politik - nicht nur im Agrarbereich. Die verfehlte Ankündigungspolitik der letzten Jahrzehnte muss dringend aufhören, damit unsere Bauern eine echte Zukunft haben!

## UNSERE KANDIDATEN FÜR DIE KAMMERWAHL - PLATZ 2:

## Natascha Maier



Mein Name ist Natascha Brigitte Maier, ich bin 49 Jahre jung und im Bezirk Gmunden zu Hause. Auf meinem Bauernhof lebe ich mit meinem Mann und meinen drei fast erwachsenen Kindern. Wir bewirtschaften 25 ha Acker und Wald und 10 ha Pachtgrund.

Wir haben auch Mast Schweine und Weidegänse. Mein Mann und ich sind beide zusätzlich berufstätig, ich arbeite im Gesundheitsbereich, in einer Reha Klinik.

Da ich mich immer schon sehr für Lebensmittel und gesundes Essen interessiert habe, habe ich die Ausbildung zur Seminarbäuerin und für „Schule am Bauernhof“ gemacht, die Arbeit mit Kindern ist mir sehr wichtig!

In der Gemeindepolitik bin seit 2015 engagiert und habe dort diverse Ausschüsse geleitet. Seit 2018 bin ich zudem im Gemeindevorstand.

Für die kommenden Kammerwahlen, kandidiere ich, weil es starke Stimmen braucht, um die heimische Landwirtschaft zu stärken und die momentane Agrarpolitik zu korrigieren. Es braucht Menschen mit Mut, die sich gegen die Großkonzernpolitik der ÖVP wehren.

Es ist sehr wichtig für mich, das Augenmerk für die Konsumenten und auch schon bei den Kindern auf

frische, regionale, saisonale und heimische Lebensmittel zu legen. Die Menschen sollten sensibilisiert werden, beim Einkauf, nicht zu Billigprodukten zu greifen. Dazu gehört aber auch eine ehrliche und ordentliche Herkunftskennzeichnung die auf einen Blick zu erkennen ist

Leider ist durch die Globalisierung unsere heimische Landwirtschaft sehr in Bedrängnis geraten und durch das große Angebot an billigster Importware ist es schwierig, am internationalen Markt mit zu halten.

Deshalb ist es um so wichtiger, wieder mehr auf Qualität, denn auf Quantität zu setzen und den Fokus darauf zu richten, dass eine Delikatesse nicht tausende Transportkilometer braucht. Unseren heimischen Bauern produzieren in verantwortungsvoller und liebevoller Arbeit. Das gehört endlich honoriert durch faire Preise. Unsere Werte, unsere Heimat und unsere Arbeit, die Zukunft der Landwirtschaft für ein lebenswertes Bauermland abzusichern, dafür stehe ich ein!

### WOLFGANGSEER ADVENT HEUER LEICHT GEÄNDERT

Der „Wolfgangseer Advent“ wird heuer nicht in seiner gewohnten Form stattfinden. Stattdessen wird es vom 27.11. bis 6.1. in den Orten St. Gilgen, Strobl und St. Wolfgang eine stimmungsvolle Weihnachtsdeko geben, die zum Besuch einlädt.



### 16. ABTSDORFER CHRISTKINDL-MARKT AM PFARRPLATZ

Weihnachtliche Bastelarbeiten, Adventkränze, Gestecke, kleine Geschenke aus Glas und Holz, Weihnachtskekse, Getränken und Imbisse. Verbringen Sie in stimmungsvollen Ambiente einen Nachmittag am 12.12. am Pfarrplatz Abtsdorf.



### KIRCHENMUSIK: HOCHFEST MARIÄ EMPFÄNGNIS

Am 8.12. um 10:30 Uhr wird das Bläserensemble der LMS Gallneukirchen gemeinsam mit der Orgel im barocken Juwel der Stadt Linz, im Alten Dom, besinnliche Stücke spielen. Der Alte Dom bietet die ideale Kulisse und Akustik für Musik.



Fotos (3): pixabay.com

## GUTES AUS DER ÖSTERREICHISCHEN KÜCHE



### Linzer Augen

#### Zutaten:

30 dag Dinkelvollkornmehl  
20 dag Butter  
2 Eidotter  
10 dag Feinkristallzucker  
Ribiselmarmelade  
Staubzucker zum Bestreuen

#### Zubereitung:

- Dinkelvollkornmehl mit Butter abröseln, anschließend die Eidotter und den Zucker hinzufügen und zu einem Teig verarbeiten.
- Den Teig für ca. 30 min im Kühlschrank rasten lassen.
- Backrohr auf 180°C vorheizen.
- Den Teig ca. 3 mm dick ausrollen und Kekse mit und ohne Loch ausstechen. Bei 180°C ca. 10 min backen.
- Wenn die Kekse ausgekühlt sind, jene mit Loch mit Staubzucker bestreuen, jene ohne Loch mit Ribiselmarmelade bestreichen und anschließend zusammensetzen.



*Guten Appetit!*



### DAS WORT BEZEICHNETE DAS EIGENTUMSRECHT:

## Woher stammt der „Forst“

„Forst“ geht auf das lateinische Wort „forestis“ zurück. Und es bildet den grundlegenden Begriff für eine Epoche der Jagdrechtsgeschichte, die als „Inforestation“ bezeichnet wird. Sie dauerte vom Ende des 8. bis ins 13. Jahrhundert. „Inforestation“, also Einforstung bzw. ein Gebiet zum Forst erheben, ist vor allem ein Rechtsvor-



Foto: pixabay.com

gang gewesen. Durch ihn wurde ein bestimmtes Areal zu Gunsten eines Einzelnen, anfangs allein des Königs, sehr bald aber auch zu Gunsten aller Großen des Reiches gebannt. Gebannt bedeutet: der Nutzung anderer entzogen. Dadurch erhielt der Forstinhaber das alleinige Recht der Nutzung der Jagd und des Holzes.

### DIE PFLANZE MIT VIELSEITIGEN MÖGLICHKEITEN:

## Göttersaft Waldmeister

Waldmeister wächst Ende April/Anfang Mai, braucht Schatten und findet sich meist im Buchenaltholz. Er ist entgegen landläufiger Meinung nur schwach giftig, ja sogar eine Heilpflanze, die leicht beschwingt und bei Kopfschmerzen hilft. Geerntet wird Waldmeister am besten kurz vor der Blüte – wegen des dann intensiven

Aromas. Den abgeschnittenen Waldmeister im Sonnenschein trocknen oder welken lassen, damit er sein Aroma entfaltet. Alternativ unter der Wärmelampe oder im Backofen mit leicht geöffneter Backofentür bei 80 Grad trocknen. Man kann mit Waldmeister beispielsweise Sirup, Bowle, Eiscreme oder Zabaione machen.



Foto: pixabay.com

## MOBILITÄT UNSERER FEUERWEHRLEUTE IM EINSATZFALL WIRD VERBESSERT:

## Feuerwehrleute: Förderung für C-Führerschein für unsere Floriani-Jünger

**Wenige Feuerwehrleute besitzen einen C-Führerschein – der aber nötig ist, um schwere Einsatzfahrzeuge zu steuern. LR Klinger fördert die Ausbildung.**

Im Extremfall sind bei einem Einsatz der Freiwilligen Feuerwehr nicht genügend Florianis vor Ort, die auch berechtigt sind, schwere Einsatzfahrzeuge zu führen. Aus Sicht des zuständigen Sicherheitslandesrates Wolfgang Klinger führt der Trend, dass immer weniger Feuerwehrleute Feuerwehrfahrzeuge über 7,5 Tonnen steuern dürfen, langfristig möglicherweise zu einer Sicherheitslücke, die es zu

schließen gilt. Jedoch sollen die freiwilligen Helfer nicht damit belastet werden, dass sie die Ausbildung für den C-Führerschein auch noch selbst tragen müssen. Aus diesem Grund fördert auf Initiative von Landesrat Klinger das Land Oberösterreich nun diese Ausbildung mit bis zu 400.000 Euro pro Jahr.

„Ich bin selbst seit mehr als 40 Jahren Feuerwehrmann und weiß, wie wichtig es ist, schnell und mit der richtigen Ausrüstung an den Einsatzort zu kommen. In Ös-

terreich stützt sich das Feuerwehrwesen Großteils auf die Arbeit und Leitungsbereitschaft freiwilliger Feuerwehren ab. Ich sehe es auch als ein Zeichen der Anerkennung der Leistung unserer Freiwilligen Feuerwehren für die Sicherheit unserer Heimat“, so Klinger.



## LINZER VIZEBÜRGERMEISTER:

### Hein: Moscheen besser überwachen

Nach dem Attentat in Wien werden immer mehr Details rund um den islamistischen Täter bekannt. „Der Attentäter hat sich offenbar in einer sogenannten Hinterhofmoschee radikalisiert. Gerade dort wird oft unerkannt Radikalisierung betrieben. Aber auch die vier 'offiziellen' Moscheen in Linz agieren und predigen abseits jeglicher Kontrolle“, erklärt Vizebürgermeister Markus Hein. „Deshalb fordern wir eine Moscheenstudie in Linz.“

## LR GÜNTHER STEINKELLNER FORCIERT ÖÖ-INFRASTRUKTUROFFENSIVE:

## Ausbau der Park-and-Ride-Anlagen



**Im Rahmen der Infrastrukturoffensive sollen die Mobilitätsknotenpunkte in Oberösterreich Schritt für Schritt attraktiviert werden. ÖBB, Standortgemeinden und Land OÖ einigten sich auf ein neues Planungs-Paket.**

„Mit dem konsequenten und langfristigen Ausbau strategisch wichtiger Park-and-Ride-Stellplätze schaffen wir effiziente Mobilitätsknoten-

punkte, um die Mobilität in unserem Land flexibel, sicher und effizient zu gestalten. Besonders im Zentralraum entlang unserer S-Bahn-Achsen

sollen die Stadtzentren vom Individualverkehr zukünftig entlastet werden. Trotz coronabedingter Abflachung der Auslastung lassen wir bei der Erweiterung und Gestaltung neuer Anlagen zum bequemen und einfachen Umstieg auf den öffentlichen Verkehr nicht locker“, bilan-

ziert Infrastrukturlandesrat Günther Steinkellner.

Neben den ÖBB und dem ÖÖ-Infrastrukturressort leisten die Gemeinden einen wichtigen Beitrag. Durch den Ausbau von Park-and-Ride-Anlagen soll das Ziel des attraktiven und bequemen Umstiegs auf Bahn, Bim oder Bus nachhaltig ermöglicht werden. Aktuell konnten vier neue Planungsverträge gemeinsam mit ÖBB und den jeweiligen Standortgemeinden unterfertigt werden. „In Summe werden im Rahmen der Planungen also insgesamt 474 Stellplätze geplant“, unterstreicht Steinkellner. Der Themenbereich Park-and-Ride ist dennoch ein sehr komplexer. Besonders die attraktiven Standorte, welche rund um die Ballungszentren und in Bahnhofsnähe liegen, sind nur schwer zu erhalten. Diese Liegenschaften sind nicht nur rar, sondern auch mit hohen Quadratmeterpreisen versehen.



KOMMENTAR  
Herwig Mahr

## SICHERE HEIMAT - NUR MIT FPÖ

Der brutale Terrorakt in Wien musste auch den Gutmenschen in unserem Land die Augen öffnen. Die Gefahr, die von islamistischen Netzwerken ausgeht, ist allgegenwärtig. Schuld ist die linke Willkommenspolitik vergangener Jahrzehnte. Dadurch wurde Österreich zum Nährboden islamistischer Radikalisierung. Vertreter aller Parteien zeigten sich am Tag nach dem Anschlag entrüstet und gingen mit Forderungen hausieren, die einer Auflistung unserer FPÖ-Programmatik entsprachen. Bundesweit thematisiert wurden etwa die Aberkennung der Staatsbürgerschaft und die sofortige Abschiebung bei Eintritt in eine islamistische Vereinigung, um nur zwei Beispiele zu nennen. Allerdings deutet bereits jetzt, nur wenige Wochen nach dem islamistischen Terrorakt, alles darauf hin, dass wieder einmal nur leere Worthülsen übrig bleiben. Das zeigt einmal mehr, dass es nur mit einer starken FPÖ in Regierungsverantwortung gelingt, die Sicherheit in unserem Land nachhaltig zu stärken. Denn nur für die FPÖ stehen die Interessen der heimischen Bevölkerung an erster Stelle. Es kann und darf nicht einfach zur Tagesordnung zurückgekehrt werden. Das ist die Politik den Bürgern in unserem Land schuldig. Gerade deshalb werden wir Freiheitliche in OÖ weiterhin alles daran setzen, die Migrantengefahr konsequent zu bekämpfen und so für eine sichere Heimat Oberösterreich zu sorgen.

## TERRORANSCHLAG IN WIEN MUSS KONSEQUENZEN HABEN:

# Haimbuchner: Österreich braucht ein Anti-Terror-Paket

Mit dem Anschlag von Wien wurde auch klar, dass Österreich keine Insel der Seligen mehr ist. Mit der Masseneinwanderung nach Europa kam auch der islamistische Terror ins Land – doch wie kann man dieser Herausforderung begegnen?

Diese Tat darf nicht ohne Konsequenzen bleiben, fordern viele Bürger nach dem Terroranschlag von Wien. Auch der oberösterreichische Landeshauptmann-Stv. Manfred Haimbuchner spricht hier eine deutliche Sprache. Er möchte ein Anti-Terror-Paket auf den Weg bringen, das den Schutz der Bürger garantiert, ohne deren Grund- und Bürgerrechte zu beschneiden. Dabei soll der Terrorismus künftig eine Sonderstellung im Strafgesetzbuch einnehmen, Sicherheitsorgane und Ermittlungsbehörden sollen zudem herausragende Kompetenzen erhalten. Einen „Überwachungsstaat“, wie ihn manche Politiker de facto fordern, lehnt Haimbuch-

ner jedoch ab. Vielmehr geht es darum, unter Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien die Überwachung von Gefährdungen und Terroristen sicherzustellen. Und wenn nötig – das sieht das Forderungspaket von Haimbuchner ebenfalls vor – dann muss auch die Ausbürgerung von Terroristen möglich sein, die

zur österreichischen Staatsbürgerschaft gelangt sind. Entsprechende Anträge werden in der nächsten Landtags-sitzung gestellt. „Wenn die Bundesregierung es mit dem Schutz unserer Demokratie, unserer Verfassung und unserer Bürger ernst meint, muss sie jetzt die nötigen Voraussetzungen für eine effektive Bekämpfung des islamistischen Terrorismus in Österreich schaffen“, so Haimbuchner.



MANFRED HAIMBUCHNER  
FORDERT EIN WIRKSAMES  
VORGEHEN GEGEN DEN TERROR.



LR WOLFGANG KLINGER:

## Sicherheitspaket Tunnelfeuerwehr

Feuerwehrein-sätze in Tunnels gehören zu den schwierigeren und gefährlicheren Einsätzen für die Feuerwehren. Das Land Oberösterreich unterstützt daher seit vielen Jahren die Tunnelfeuerwehren in enger Zusammenarbeit mit dem OÖ. Landes-Feuerwehrverband. „Investitionen in unsere Sicherheit machen sich immer bezahlt“, so Sicherheitslandesrat Wolfgang Klinger.

Foto: pixabay.com

## FPÖ-ANTRAG WURDE IM LANDTAG EINGEBRACHT:

# FP- Mahr fordert härtere Strafen für Tierquälerei

Ein entsprechender FPÖ-Antrag zur härteren Sanktionierung von Tierquälerei wurde im Ausschuss von allen Fraktionen unterstützt.

„Nicht nur im Jahr 2020 kam es in Österreich zu grausamen und brutalen Übergriffen auf unsere Tiere. Die Hemmschwelle hinsichtlich der Gewalt an Tieren ist oft nur die Vorstufe für Gewalt an Menschen“, legt FP-Klubobmann Herwig Mahr dar. Die Freiheitlichen fordern den

Bundesgesetzgeber auf, härtere Sanktionen bei schweren Fällen absichtlicher Tierquälerei und Tierfolter vorzusehen.

„Es freut mich, dass alle Fraktionen eine Unterstützung unserer Forderung signalisiert haben. Wir werden bis zum nächsten Ausschuss weitere Inhalte erarbeiten, die dann zur Diskussion stehen werden, damit wir noch heuer den Bund zur Umsetzung dieser wichtigen Angelegenheit bewegen können“, berichtet der freiheitliche Klubobmann.





MICHAEL RAML APPELLIERT AN DIE MENSCHEN, SICH BEI KRANKHEITEN WEITERHIN BEHANDELN ZU LASSEN.

## LINZER FPÖ-GESUNDHEITSTADTRAT MICHAEL RAML:

# Alle Krankheiten behandeln

**Der Linzer Gesundheitsstadtrat Michael Raml appelliert, trotz Lockdown alle Krankheiten behandeln zu lassen. Vorsorgeuntersuchungen sollten nicht verschoben werden.**

Mediziner warnen derzeit vor den gesundheitlichen Folgen eines Lockdowns. Laut einer Studie der Universität Graz haben im Frühling vor allem ältere Menschen Spitäler be-

wusst gemieden, berichtet der Linzer Gesundheitsstadtrat Michael Raml. Darüber hinaus sind 65 Prozent mehr Patienten als üblich an Aortenrissen, Herzinfarkten oder

Lungenembolien verstorben. Raml spricht von einer „gefährlichen Entwicklung“: „Wer gesundheitliche Probleme bekommt, soll trotz Lockdown unbedingt ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Nur so können Folgeschäden vermieden werden. Auch Vorsorgeuntersuchungen können Leben retten und sollten deshalb nicht verschoben werden“, hält der Stadtpolitiker fest.

Eine weitere Auswirkung auf die Gesundheit hat der Rückgang der körperlichen Bewegung im Lockdown. Raml appellierte an die Menschen, sich bewusst mehr zu bewegen.



## HAIMBUCHNER ÜBER KONFERENZ DER FAMILIENREFERENTEN:

# Familien besser helfen

Die Familienreferenten-Konferenz hat die von OÖ Familien-Landesrat Manfred Haimbuchner eingebrachten Anträge beschlossen. Darunter ist die Streichung der Anrechnung von erhöhter Familienbeihilfe bei Bezug von Pflege-

geld. Hat ein Kind einen Behinderungsgrad von mehr als 50 Prozent, gibt es bei Anspruch auf Familienbeihilfe eine erhöhte Beihilfe von 152,90 Euro monatlich. Bei Bezug von Pflegegeld wurde der Betrag bisher um 60 Euro reduziert.

## LR GÜNTHER STEINKELLNER APPELLIERT:

# Sicher durch den Winter

In Österreich gilt die witterungsabhängige Winterausstattungspflicht: Daher muss jeder PKW, der zwischen 1. November und 15. April unterwegs ist, bei Schneefahrbahn, Schneematsch oder Eis Winterreifen montiert haben. Die ersten Vorboten des Winters sind bereits bei morgendlichen Niedrigtemperaturen zu



spüren. Pkw-Lenker sind verpflichtet, ihr Fahrzeug winterfit zu machen. Dies betrifft aber nicht nur die Autoreifen. „Es ist ratsam, eine Grundausstattung an hilfreichen Utensilien für die kalte Jahreszeit in den Wagen zu räumen. Schneebesen und Eiskratzer sind wichtige Utensilien“, empfiehlt Landesrat Günther Steinkellner.

## AMBROSIUS AM BIENENHOF ATTERSEE

Zum Namenstag des Schutzpatrons der Imker gibt es am Bienenhof am 7.12. ab 14 Uhr Vieles zu Erleben. Genießen Sie Blunzngröstl, eine üppige Gemüsesuppe, gebratene Maroni, frischen Lebkuchen und herrlich duftenden Honig-Punsch.



## DOMMUSIK: GESÄNGE IM GREGORIANISCHEN CHORAL

Am 20.12. trägt die Schola Gregoriana Plagensis im Linzer Mariendom zur Messe um 10 Uhr Gregorianische Gesänge vor. Auch Orgelmusik ist Bestandteil des Programms. Geistliche Kompositionen und Instrumentalmusik ergänzen das Programm.



## ADVENTFÜHRUNG DURCH DEN BIERKELLER BAD ISCHL

Erleben Sie in einer Adventführung am 6.12. um 17 Uhr den uralten Felsenkeller und die geheime Grottenkapelle in Bad Ischl. Anschließend werden sie von den Klängen der Musikschule Bad Ischl verwöhnt. Infos: cafe-casino.at



Fotos (3): pixabay.com

## ÖVP-INNENMINISTERIUM VERSAGTE AUF GANZER LINIE:

# Terror und Behördenversagen



INNENMINISTER KARL NEHAMMER STAND IN DER KRITIK - KONSEQUENZEN ZOG ER KEINE.

Foto: flickr.com/European People's Party (CC BY 2.0)

Die FPÖ übt massive Kritik am Behördenversagen im Vorfeld des Terroranschlags in Wien. Der Verfassungsschutz hatte Hinweise, um das Attentat zu verhindern – aber das schwarze Postenversorgungsamt versagte einmal mehr.

Was sich im U-Ausschuss zum Bundesamt für Verfassungsschutz im Vorjahr offenbart hat, ist am Allerseelentag blutige Realität geworden: Das von ÖVP-Innenminister Ernst Strasser vor 18 Jahren geschaffene Amt ist unter

seinen ÖVP-Nachfolgern zu einem „Amt zur Gefährdung der öffentlichen Sicherheit“ verkommen. Wäre die ÖVP-Versorgungsstelle ihrer eigentlichen Aufgabe nachgekommen, hätte der Anschlag nicht nur verhindert

werden können, sondern verhindert werden müssen. Es waren zwei Nachrichtendienste aus dem Ausland, die mit ihren Informationen das BVT lange vor dem Anschlag alarmiert hatten. Zum einen die Mitteilung der deutschen Verfassungsschützer über ein Treffen des heimischen Behörden bekannten und verurteilten Islamisten mit Gesinnungsgenossen aus Deutschland und der Schweiz, zum anderen die Informationen der Slowaken zum versuchten Munitionskaufs des späteren Attentäters. Und was macht die ÖVP? Sie attackiert den Ex-Innenminister und nunmehrigen FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl, weil dieser eine Pressemeldung zitiert hatte, wonach am 3. November eine Razzia gegen Islamisten geplant gewesen sei und diese womöglich an den Attentäter verraten worden sein könnte.



## FPÖ-BILDUNGSSPRECHER

# Schulschließungen

Kritik an den Schulschließungen im Zuge des Lockdowns übte FPÖ-Bildungssprecher Hermann Brückl. Bildungsverluste gefährden die Zukunft.

„Wir fordern von ÖVP-Kanzler Kurz, dass er unsere Schulen geöffnet hält. Wir haben als einzige Partei immer gesagt, dass die Schulen geöffnet bleiben müssen. Daher muss die schwarz-grüne Regierung dafür sorgen, dass unsere Kinder die Schulen weiterhin besuchen können“,

Foto: pixabay.com



## AMS-CHEF STRIKT DAGEGEN:

# Anhebung des Arbeitslosengeldes

AMS-Chef Johannes Kopf ist gegen eine befristete Anhebung des Arbeitslosengeldes auf 80 Prozent des letzten Nettoeinkommens. „Politisch wäre es schwer, das wieder abzuschaffen. Durch die Möglichkeit, zum Arbeitslosengeld etwas dazuzuverdienen, hätten wir damit Gehälter, die in vielen Fällen deutlich über den erzielbaren Einkommen lägen“, sagte er. Aktuell seien beim AMS 63.000 freie Stellen gemeldet.

Foto: fs-media  
Foto: pixabay.com

## EU-BEITRITSVERHANDLUNGEN STOPPEN:

# Keinen Beitritt der Türkei

Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und die Heranführungshilfen der EU müssen eingestellt werden. 416,9 Millionen Euro bezahlt die EU an die Türkei.

„Es ist unglaublich, dass die Türkei trotz ihrer permanenten Aggression gegen EU-Mitgliedsstaaten noch immer hunderte Millionen Euro an sogenannten Her-

anführungshilfen ausbezahlt bekommt“, kritisierte der freiheitliche Europaparlamentarier Roman Haider. „Wie die Antwort auf meine parlamentarische Anfrage ergeben hat, erhält die Türkei für die Jahre 2019 und 2020 insgesamt 416,9 Millionen Euro an Heranführungshilfen. Angesichts der türkischen Politik ist das ein Skandal“, so Haider.

Die Türkei unterstützt Islamisten und nehme eine extrem aggressive Haltung gegenüber den EU-Staaten Griechenland und Zypern ein und schrecke dabei auch nicht vor militärischen Drohungen zurück.





**SCHULE  
BIS AUF WEITERES  
GESCHLOSSEN!**

FÜR DIE FPÖ SIND DIE  
SCHULSCHLIESSUNGEN  
UNNÖTIG, UM CORONA  
EINZUDÄMMEN.

**HERMANN BRÜCKL ÜBT KRITIK AN REGIERUNG:**

# Maßnahmen sind Fehler

forderte Hermann Brückl. „Wenn Kurz dennoch die Schulen schließt, dann ist Bildungsminister Heinz Faßmann rücktrittsreif“, so Brückl weiter. „Wir schaffen derzeit eine ‚Corona-Generation‘, und daher müssen die Schulen offenbleiben. Schließt morgen der Kanzler die Schulen, dann werden Bildungsrückstände und Bildungsverluste entstehen, die nicht mehr aufholbar sind – das würden auch Studien ganz klar belegen. Auch würde bei einer

Schließung der Schulen die psychische Belastung für die Schüler massiv ansteigen, ebenso würden auch die Lehrer zu den großen Verlierern zählen“, betonte der FPÖ-Bildungssprecher. „Eine massive Belastung stünde ebenso den Eltern bevor. Gerade die Mütter müssten sich in erster Linie um die Kinder kümmern. ‚Homeoffice‘ verträgt sich nicht mit ‚Homeschooling‘, und auch die Eltern haben mehr Angst vor einer Schulschließung als vor Corona.“



**EU WILL „GEZIELTE VORRATSDATENSPEICHERUNG“**

Ein geleaktes Dokument des EU-Ministerrats zeigt nicht nur, dass an den Plänen zum Ausspähen von Messengerdiensten festgehalten wird, sondern dass damit noch weitere Überwachungsmaßnahmen einhergehen müssten. Zusätzlich gefordert wird eine „gezielte Vorratsdatenspeicherung“ für Chats, zumal Messenger-Kommunikation aus naheliegenden Gründen nicht gespeichert wird.

**FPÖ-CHEF WILL KONSEQUENTERES VORGEHEN:**

# Hofer fordert Verbotsgesetz für politischen Islam

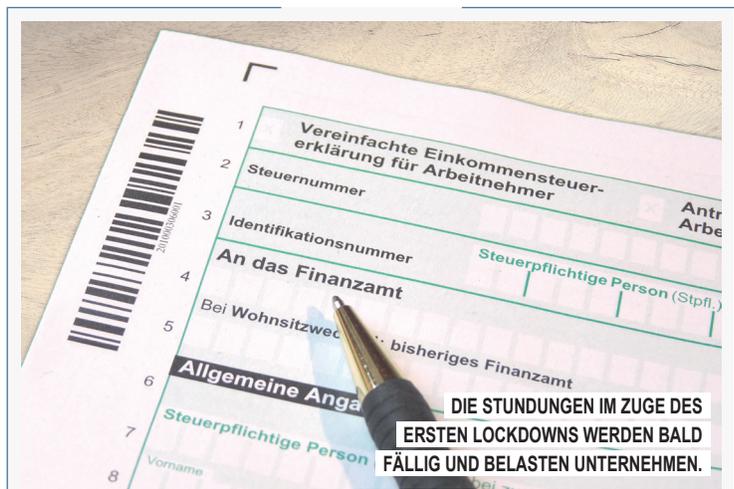
**FPÖ-Parteiohmann Hofer: „Menschen, die sich IS anschließen, müssen Pass verlieren. Es ist nicht unsere Aufgabe, solche Individuen zu integrieren!“**

Nach dem feigen islamistischen Terroranschlag in der Wiener Innenstadt zeige sich ein Problem immer deutlicher, erklärt FPÖ-Bundesparteiohmann Norbert Hofer: „Salafisten und IS-Anhänger haben in unserem Land ein zu leichtes Spiel. Das muss umgehend geändert werden. Menschen, die sich den IS-Schlächtern anschließen, müssen den österreichischen Pass verlieren – so wie es auch bei all jenen Österreichern der Fall ist, die bei einer fremden Armee, wie



etwa der Fremdenlegion, anheuern. Als zweite Maßnahme braucht es dringend ein Verbotsgesetz gegen den politischen Islam mit strengen Strafen.“

Wie das Beispiel des Wiener Attentäters zeige, gebe es kaum eine Handhabe, um gegen solche Individuen vorzugehen, kritisiert Hofer: „Dieser Mann hat sich dem Islami-schen Staat angeschlossen und durfte trotzdem weiterhin Doppelstaatsbürger sein. Nach seiner Verurteilung wurde er vorzeitig aus der Haft entlassen, anschließend konnte er sich auch noch mit Waffen und Munition versorgen – und das alles bequem von einer Gemein-dewohnung aus. Es wird Zeit, dem ein Ende zu setzen.“



**DIE STUNDUNGEN IM ZUGE DES ERSTEN LOCKDOWNS WERDEN BALD FÄLLIG UND BELASTEN UNTERNEHMEN.**

**WKO WILL IN VERHANDLUNGEN FRISTVERLÄNGERUNG ERREICHEN:**

# Gestundete Steuern

Die WKO will in Verhandlungen mit der Regierung eine Verlängerung der Rückzahlungsfristen für Steuern und Abgaben verhandeln. Unternehmen müssen gestundete Forderungen eigentlich bis 15. Jänner zu-

rückzahlen. Als eine der Sofortmaßnahmen nach dem Ausbruch der Pandemie wurden Unternehmen Steuern und Abgaben gestundet. Bisher sind 6,5 Mrd. Euro an Steuerstundungen aufgelaufen.

### EU WILL WASSERKRAFT ALS „BRÜCKENTECHNOLOGIE“

Kürzlich erging die Expertenempfehlung an die EU, Wasserkraft künftig als „Brückentechnologie“ einzustufen. Diese Energie würde damit mit Atomstrom und Erdöl gleichgesetzt. Wasser ist die wichtigste heimische Energiequelle.



### ALTERNATIVEN: ONLINE-SHOPPING ABSEITS VON AMAZON

Der Online-Riese Amazon hat während der Pandemie 9.914 Euro pro Sekunde weltweit verdient. Der heimische Handel will beim Online-Handel nun besser mitverdienen. Online-shop-Listen sollen helfen, die Händler direkt zu erreichen.



### BLÜMEL RECHNET MIT 87,9% STAATSSCHULDENQUOTE

In der Budgetdebatte ging Finanzminister Blümel von einem gesamtstaatlichen Maastricht-Defizit in der Höhe von 9,8% und von einer Staatsschuldenquote von 87,9% aus. Der Grad der Staatsverschuldung steigt derzeit weiter massiv an.



DIE EUROPÄISCHE UNION GEHT OFT NICHT SONDERLICH SORGFÄLTIG MIT UNSEREN BEITRAGSGELDERN UM.

### VIER MILLIARDEN EURO FALSCH AUSGEGEBEN:

## EU verschwendet Geld

**2019 sind mehr als vier Milliarden Euro von der EU fehlerhaft ausgegeben worden. Dies geht aus einem Jahresbericht des EU-Rechnungshofs hervor.**

Bei den berücksichtigten Ausgaben von 159,1 Milliarden Euro im Budgetjahr 2019 belief sich die Fehlerquote demnach auf 2,7 Prozent. Die Quote ist damit im Vergleich zu den Vorjahren leicht angestiegen: 2018 lag sie bei 2,6 Prozent, 2017 bei 2,4 Prozent.

In den meisten Fehlerfällen, die geprüft wurden, handle es sich laut Rechnungshof um Verfahrensfehler im Vergabeverfahren und nicht um Betrug.

Zumeist sind schlechte Kontrollen der Mitgliedsstaaten an den Fehlern schuld. Lediglich neun Fälle, in de-

nen der Rechnungshof von Betrug ausgeht, wurden der EU-Betrugsbekämpfungsbehörde gemeldet.

Rechnungshofpräsident Klaus-Heiner Lehne rief sowohl die Europäische Kommission als auch die EU-Mitgliedsländer dazu auf, klare und einfache Vergaberegeln für alle EU-Finanzen zu schaffen. Dies sei umso wichtiger im Hinblick auf das 1,8 Billionen Euro schwere EU-Haushalts- und Corona-Aufbaupaket für die Jahre 2021 bis 2027.

Der Rechnungshof prüft als unabhängige Kontrollinstanz jährlich, ob die Zahlungen von EU-Mitteln durch die Europäische Kommission regelkonform erfolgen. Immer wieder steht die Europäische Union in der Kritik wegen ihrer bisweilen fragwürdigen Förderpolitik.

### FPÖ-AGRARSPRECHER

## Rettungsschirm

**FPÖ-Agrarsprecher Peter Schmiedlechner fordert einen Rettungsschirm für die Landwirtschaft und übt Kritik an den Äußerungen des Bauernbunds. Bereits beim ersten Lockdown habe die ÖVP die Bauern im Stich gelassen.**

„Der Bauernbund fordert die Unterstützung für Schweine- und Rinderhalter, dabei hätte es aber die ÖVP selbst in der Hand, dies auch umzusetzen! Ist die ÖVP nicht in der Bundesregierung? Stellt die ÖVP nicht auch die Landwirtschaftsministerin?“, frag-



### ÖVP UND GRÜNE HABEN PENSION GEÄNDERT:

## Aus für Hacklerregelung

Ein gelungener und absolut notwendiger Schulterschluss gegen den ÖVP-Anschlag auf die Arbeitnehmer war die fraktionsübergreifende Zustimmung zur Beibehaltung der Hacklerregelung Neu bei der Vollversammlung der AK Wien. Die Hacklerregelung wurde 2019 vor der Nationalratswahl mit den Stimmen von FPÖ, SPÖ



und ÖVP beschlossen, und nun haben ÖVP und Grüne diese Errungenschaft wieder abgeschafft. Das ist ein Angriff auf jene Menschen, die 45 Jahre lang in das System eingezahlt, dieses finanziert

und auch am Leben erhalten haben, und nun sollen sie die Zeche für die verfehlten Maßnahmen der Regierung auch noch zahlen.

### FPÖ KRITISIERT ERNEUT MASSENEINWANDERUNG:

## Europa muss sich schützen

„Wer die Entwicklung in der Einwanderungsfrage in den letzten Jahrzehnten mit offenen Augen beobachtet hat, für den kann das Attentat in Wien keine Überraschung gewesen sein. Wir Freiheitlichen warnen seit Jahren davor, diese unkontrollierte Masseneinwanderung weiterhin zuzulassen. Die anderen Parteien,

vor allem aber die ÖVP, negieren eine derartig notwendige Vorgangsweise“, sagte FPÖ-Wehrsprecher Reinhard Bösch im Parlament. „Wenn es uns nicht gelingt, endlich klare Schritte zu setzen, ist unsere Republik verloren und mit ihr auch ganz Europa. Wenn Europa nicht zur Festung wird, dann wird es zur Ruine werden.“



**ER PETER SCHMIEDLECHNER FORDERT:**

# Schirm für die Bauern

te Schmiedlechner und wies darauf hin, dass die ÖVP ja ihre eigene Forderung sofort umsetzen könnte.

„Seit dem ersten Lockdown verlange ich eine Unterstützung für die heimischen Produzenten. Es ist zwar positiv, dass der Bauernbund jetzt aufgewacht ist, aber wir fordern bereits seit dem Frühling einen Rettungsschirm für die Landwirtschaft“, so Schmiedlechner, der in diesem Zusammenhang noch einmal auf folgende FPÖ-Forderungen hinwies: „Schon im heurigen Frühjahr haben wir von der

schwarz-grünen Regierung einen Rettungsschirm für unsere Landwirte unter anderem mit folgenden Punkten eingefordert: die Streichung der Sozialversicherungsbeiträge für 2020, eine Neubewertung des Einheitswertes, bei dem öffentliche Gelder nicht mehr miteingerechnet werden, einen Mindestpreis für landwirtschaftliche Produkte, eine Mengensteuerung für die Produzenten, eine ordentliche Lebensmittelkennzeichnung, eine Stärkung der regionalen Vermarktung sowie Erleichterungen für die Direktvermarktung.“



**VIELE ERLEICHTERUNGEN FÜR DIE BAUERN KÖNNTEN RELATIV EINFACH UMGESETZT WERDEN.**

**EUROFIGHTER-ERMITTLUNGEN SIND ZU ENDE:**

## Verfahren eingestellt

Juristen hatten dem Projekt von Verteidigungsministerin Klaudia Tanner von vornherein wenig Chancen eingeräumt, nun ist es gewiss: Österreich wird seine umstrittenen 15 Eurofighter wohl doch nicht auf juristischem Weg loswerden. Das Oberlandesgericht Wien wies die Beschwerden Korruptionsstaats-

anwaltschaft (WKStA) und der Republik gegen die Einstellung des Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts des Betrugs zurück.

Die Einstellung erfolgte mit der Begründung, dass im bisherigen dreieinhalbjährigen Ermittlungsverfahren der begründete Verdacht des Betrugs nicht nachgewiesen werden konnte.



**VIELE UNTERNEHMER SEHEN DAS HOMEOFFICE NICHT ALS ALTERNATIVE ZUR PRÄSENZARBEIT.**

**UMFRAGE BEGRÜNDET ZWEIFEL AN DER PRODUKTIVITÄT:**

## Homeoffice effizient?

Laut Umfrage sehen nur 5,7 Prozent der deutschen Unternehmen eine Steigerung der Produktivität beim mobilen Arbeiten. Dagegen meldeten 30,4 Prozent der Firmen unveränderte und 27 Prozent sogar gesunke-

ne Produktivität ihrer Belegschaften. Das Münchner Ifo-Institut befragte im Oktober dazu 1.097 Unternehmen. Die Frage, ob die Tätigkeit im Heimbüro die Produktivität steigert oder nicht, ist umstritten.

**IN GRIECHENLAND REISEN ASYLWERBER AUS:**

## Aufenthaltort von vielen Flüchtlingen unbekannt

**Viele Asylwerber aus Griechenland sind ohne abgeschlossenen Antrag illegal in die EU weitergereist, räumt der griechische Asylanminister ein.**

Im Schatten der Coronapandemie sorgt in Griechenland auch die Flüchtlingsfrage weiter für Schlagzeilen. So wurde bekannt, dass bei rund der Hälfte jener Flüchtlinge, die in Griechenland aktuell einen Asylantrag gestellt haben, derzeit kein Aufenthaltsort bekannt ist. „Wir wissen nicht genau, wo sich Tausende Asylbewerber befinden, deren Antragsverfahren noch nicht abgeschlossen wurde“, räumte Migrations- und Asylanminister, Notis Mitarakis ein. Bei einer Pressekonferenz zur Asyl- und Migrationsstra-

tegie bezifferte Mitarakis die Zahl der noch offenen Asylanträge mit 84.000. Bis zum 15. Jänner werde die Vergabe elektronisch lesbarer Identitätspapiere für die Betroffenen beendet sein, dann werde man „ein viel klareres Bild haben, wer von ihnen sich tatsächlich in Griechenland aufhält“.

Er fügte hinzu, dass bisher 32.574 Menschen einen abschlägigen Bescheid auf ihren Asylantrag erhalten haben. Bei vielen sei aber auch nichts über deren jetziges Schicksal oder Aufenthaltsort bekannt. Mitarakis wollte nicht ausschließen, dass zahlreiche von ihnen illegal in Griechenland leben oder auf illegalem Wege in andere EU-Staaten - teilweise unter falscher Identität - weitergereist seien.



Foto: fs-media

Foto: wikimedia.org/Bundesheer



**FREIHEITLICHE  
BAUERNSCHAFT**  
OBERÖSTERREICH

**FPO**

**Franz Graf**  
Spitzenkandidat

# REGIONAL STATT GLOBAL

**Damit wir Bauern  
Zukunft haben.**



**Freiheitliche  
Bauernschaft**



freiheitliche.bauernschaft



www.derfreiebauer.info

